

5. Die Macht der Versprechen

In diesem Kapitel interessiert mich, welche Versprechen die von der *Jordan Times* hergestellte Öffentlichkeit macht, wie diese mit Entwicklung zusammenhängen und ob die Journalist*innen die Versprechen als universale verstehen. Die Philosophin Hannah Arendt beschreibt das Versprechen als zentrale politische Fähigkeit, die ein Gegenüber voraussetzt. Denn Versprechen, die man sich selbst gibt, seien »unverbindlich wie Gebärden vor dem Spiegel« (Arendt 2016 [1960]: 232). Auch politische Identitäten entstehen laut Arendt durch Versprechen (2016 [1960]: 311). Die dominanten Debatten um den Öffentlichkeitsbegriff (vgl. Kap. 2.3.1) verknüpfen Öffentlichkeit in erster Linie mit dem Versprechen auf politische Teilhabe und damit, Demokratie zu fördern:

Theories of publics and counterpublics remain as contested as the issues, identities, and politics they serve. Across the disciplinary spectrum, scholars turn to publics and counterpublics to help elucidate problems of inclusion and exclusion, projects of social justice, and the waning promise of democratic politics. (Loehwing/Motter 2009: 220)

Wir haben bereits gesehen, dass die Journalist*innen der *Jordan Times* trotz der Bedingungen der Knappheit die Öffentlichkeit, die sie herstellen, mit Versprechen verknüpfen. An die journalistische Praxis knüpfen sie für die Leser*innen das Versprechen auf Teilhabe an lokalen Diskursen in Jordanien und für Jordanien das Versprechen auf Teilhabe an der Welt (vgl. Kap. 3.3 und 3.4). Mit ihrer rigiden Form schützt die journalistische Praxis den jordanischen Staat. In der Berichterstattung der Zeitung ist insbesondere das Versprechen auf Entwicklung präsent, an das weitere Versprechen wie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt gekoppelt sind (vgl. Kap. 4.3). Der Soziologe Jan Nederveen Pieterse schreibt: »Development is the management of a promise – and what if the promise does not deliver?« (Nederveen Pieterse 2009: 111). Er stellt die offene Frage, was passiert, wenn Entwicklung ihr Versprechen nicht erfüllt. Gerät in diesem Fall das Versprechen selbst ins Wanken?

Bisher habe ich die journalistische Praxis der *Jordan Times* als eine sich wiederholende, alltägliche Praxis beschrieben und ihre Regelmäßigkeit betont (vgl. Kap. 4). In diesem Kapitel gehe ich auf einige Fallbeispiele ein, die ich miteinander verglei-

che (Kap. 5.1). Ich analysiere, auf wen sich die Versprechen der Öffentlichkeit in der Berichterstattung richten und welche politischen Identitäten mit ihnen zusammenhängen. Außerdem gehe ich auf spezifische Aspekte des journalistischen Arbeitens bei der *Jordan Times* ein. Ich stelle die Frage, ob sich die *Jordan Times* als säkulare Zeitung bezeichnen lässt (Kap. 5.2) und beschäftige mich damit, wie sich Journalist*innen der *Jordan Times* auf andere Zeiten beziehen (Kap. 5.3). Für die Analyse dieser Aspekte der journalistischen Praxis ziehe ich die Interviews mit den Journalist*innen anderer Institutionen zurate. Zum Schluss dieses Kapitels ziehe ich aus den Unterkapiteln erneut Schlüsse für den Öffentlichkeitsbegriff, der bei der *Jordan Times* präsent ist, und frage nach den universalen Ansprüchen, die mit ihm, bzw. den Versprechen der Öffentlichkeit einhergehen (Kap. 5.4).

5.1 Versprechen der Öffentlichkeit

In diesem Abschnitt gehe ich anhand von Fallbeispielen näher auf die Versprechen der Öffentlichkeit ein, die sich in der Berichterstattung der *Jordan Times* zeigen. Ich habe dafür Fallbeispiele ausgewählt, die während meiner Feldforschung in der Redaktion sehr emotional diskutiert wurden und denen eine große politische Relevanz zugesprochen wurde. Für meine Analyse setze ich die Berichterstattung der *Jordan Times* mit den internen Diskussionen der Journalist*innen ins Verhältnis.

Ich analysiere zum einen die Berichterstattung der *Jordan Times* während des Lehrer*innenstreiks im September/Oktober 2019 (Kap. 5.1.1). Zum anderen schaue ich mir die Berichterstattung von zwei Geschehnissen an, die mit dem Nahostkonflikt in Verbindung stehen (Kap. 5.1.2). Es handelt sich um die Äußerung des damaligen israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu im September 2019, im Falle seiner Wiederwahl das Jordantal und das nördliche Tote Meer zu annektieren, und die Reaktionen jordanischer Akteure auf diese Äußerung. Außerdem geht es um die Festnahme einer Jordanierin und eines Jordaniers Ende August/Anfang September 2019 in Israel und die darauffolgenden Bemühungen der jordanischen Regierung, die beiden Personen freizubekommen. Darauf folgt ein Zwischenfazit, in dem ich alle drei Fallbeispiele und die Versprechen, die bei ihnen präsent sind, miteinander in Bezug setze (Kap. 5.1.3).

5.1.1 Fallbeispiel: Lehrer*innenstreik

Es ist Donnerstag, der 5. September 2019, und ich komme zu spät zur Arbeit. Ich nehme den Bus, den ich immer nehme und stehe über eine Stunde im Stau. Staus sind in Amman nichts Ungewöhnliches, doch dieser hier ist nicht normal. Für gewöhnlich braucht der Bus nur zehn Minuten, wenn wir im Stau stehen, vielleicht zwanzig. Was ist los? Als ich an diesem Nachmittag endlich das Büro erreiche, ist es fast leer. Nur ein einziger Autor ist da, der längst Feier-

*abend haben sollte. Ich begrüße ihn und erzähle von meinem beschwerlichen Weg zur Arbeit. Er lacht und sagt: »Du hattest noch Glück, ich habe drei Stunden ins Büro gebraucht!« Er erinnert mich daran, dass die jordanischen Lehrer*innen für heute eine Sitzblockade angekündigt haben: »Deswegen ist die ganze Stadt im Verkehrschaos versunken.« Ein paar Tage zuvor ist der Präsident der Vereinigung der Lehrer*innen, der sich für die Arbeitsrechte des Lehrpersonals engagiert hatte, bei einem Autounfall verunglückt. Auch um sein Erbe weiterzutragen, veranstalten die Lehrerinnen und Lehrer heute die Sitzblockade in Amman und demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen. Gestern haben wir eine Meldung dazu auf Seite 3 veröffentlicht, ohne zu sagen, warum, wann und wo die Lehrer*innen protestieren. Zu einem Übersetzer habe ich gesagt: »Diese Nachricht macht gar keinen Sinn, außer dass wir sagen können, wir haben darüber berichtet.« Er hat gelacht und geantwortet »Ja, es ist schlimm.«, wobei er milde den Kopf schüttelte und dabei allgemein die Beschränkungen meinte, mit denen wir bei unserer Arbeit umgehen müssen. Daran erinnere ich mich, während mir der Autor erzählt, dass er außerhalb Ammans wohne und sich deshalb für heute Nacht bei einem Freund einquartiert habe. Er versuche erst gar nicht, später noch nach Hause zu kommen. Die Sitzblockade sei völlig eskaliert: »Die Polizei hat sogar Tränengas eingesetzt.« Der Kollege zeigt mir Fotos, die in den sozialen Medien zirkulieren: Unmengen an Polizei. Die Stabilität des Landes erscheint mir plötzlich fragil, auf dünnem Eis gebaut.*

Der 5. September 2019, den ich in dieser ethnografischen Vignette beschreibe, legte den Grundstein für den größten Lehrer*innenstreik, den Jordanien bisher erlebt hatte. Nach der beschriebenen Sitzblockade streikten die Lehrer*innen der öffentlichen Schulen, der Unterricht fiel aus. Sie streikten für 50 Prozent mehr Lohn, was ihnen Jahre zuvor von der Regierung versprochen worden war. Die *Jordan Times* berichtete ausführlich über den Streik, der bis zu seiner Beilegung Anfang Oktober 2019 ein ständiges Gesprächsthema in der Redaktion war und Arbeitsabläufe bestimmte.

Die Berichterstattung der *Jordan Times* konzentrierte sich während des Streiks auf die offiziellen Gespräche zwischen der Regierung und der Gewerkschaft der Lehrer*innen (Jordan Teachers' Association, JTA)¹ sowie auf die *öffentliche Meinung*. Es gab Artikel, die die Redakteur*innen explizit als ›public opinion‹-Artikel bezeichneten, womit sie innerjordanische Diskurse meinten. In diesen Artikeln kamen vor allem Eltern und Schüler*innen zu Wort. Die *Jordan Times* ließ nur sehr vereinzelt Lehrer*innen zu Wort kommen. Welche Versprechen von Öffentlichkeit leiteten die journalistische Praxis bei der Berichterstattung über den Lehrer*innenstreik?

Im Folgenden gehe ich auf alle Artikel ein, die die *Jordan Times* zum Streik veröffentlichte. Ich analysiere nicht nur die Artikel selbst, sondern auch, wo diese in der gedruckten Zeitung platziert wurden, denn aus ihrer Position lässt sich ihre Relevanz ablesen (vgl. Kap. 4.1.3). Ich werde argumentieren, dass der Streik der Lehrer*innen eine Herausforderung für die journalistische Praxis der *Jordan Times* dar-

1 In der Folge spreche ich von der JTA.

stellte, da zwei Versprechen miteinander in Konflikt gerieten: auf der einen Seite das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, auf der anderen Seite das Versprechen, den Staat zu schützen.

Der erste Artikel, der den aufkommenden Konflikt zur Sprache brachte und den ich in der ethnografischen Vignette am Anfang dieses Kapitels erwähnt habe, erschien am Mittwoch, dem 4. September 2019, auf Seite 3 mit dem Titel »Gov't urges dialogue as teachers plan sit-in« (03.09.2019²). Ich gebe hier den vollständigen Artikel wieder:

AMMAN – The Jordan Teachers Association issued a statement on Tuesday announcing that a sit-in is planned for Thursday.

The statement called on teachers in Tafleh to organise similar protests at their schools, should they be unable to join the sit-in.

In response to the teachers' call for the sit-in, an official source said the government is committed to dialogue and supports teachers, cautioning that the educational process must not be interrupted and performance must be improved. Dialogue must benefit all stakeholders in the educational process and must not rob students of their right to schooling, the source added, noting that teachers have made great strides over the past years.

They noted that this year, 3,000 students have benefitted from the makruma (Royal benefaction) for the children of teachers, to a total of 21,000 students.

The government supports the development of the educational process in all its aspects, the source said. (»Gov't urges dialogue as teachers plan sit-in«, *The Jordan Times*, 03.09.2019)

Der kurze Artikel nennt keine Gründe für die Sitzblockade. Auf die Perspektive der Lehrer*innen, die mit ihrem Protest die Regierung kritisieren, geht der Artikel nicht ein. Der Chefredakteur Mohammad Ghazal wies uns Redakteur*innen explizit an, den Ort der Sitzblockade im Artikel nicht zu erwähnen, obwohl dieser in der Erklärung der JTA, der Gewerkschaft der Lehrer*innen, die die *Jordan Times* als Quelle nutzte, genannt wurde. Ich interpretiere diese Anweisung so, dass durch die Nennung des Ortes der Sitzblockade der Eindruck entstehen könnte, die *Jordan Times* rufe zur Teilnahme an der Demonstration auf. Wichtiger als die internationale Leser*innenschaft scheint für diese Anweisung die Rezeption eines jordanischen Publikums oder der jordanischen Autoritäten zu sein. Die internationalen Leser*innen der *Jordan Times*, die sich mit den lokalen Diskursen nicht gut auskennen, würden sich wohl kaum nach dem Lesen eines Artikels, der keine Hintergrundinformationen gibt, am nächsten Tag spontan einer Sitzblockade jordanischer Lehrer*innen anschließen. Die *Jordan Times* berichtet zwar über die geplante Sitzblockade, soll dabei aber keinesfalls so wirken, als unterstütze sie die Lehrer*innen.

2 Ich zitiere Artikel mit dem Datum ihres Erscheinens online.

Die Überschrift des Artikels nennt zuerst die Regierung, nicht die Lehrer*innen. Nur die ersten zwei Absätze des Artikels stützen sich auf die Erklärung der Gewerkschaft, die weiteren vier enthalten die Regierungsposition. Die Reaktion der Regierung steht also im Vordergrund, nicht die Demonstration und ihre Gründe. Die Reaktion der Regierung lässt sich jedoch nur verstehen, wenn man weiß, warum und wofür die Lehrer*innen demonstrieren. Es liegt also an den Leser*innen, ob sie zwischen den Zeilen lesen können, dass ein Streik droht und womöglich Unterricht ausfällt, wenn die Lehrer*innen mit einer Sitzblockade protestieren. Die Leser*innen können jedoch allein durch die Position des Artikels in der gedruckten Zeitung erahnen, dass die Sitzblockade der Lehrer*innen ein politisch wichtiges Ereignis ist.

Am nächsten Tag, an besagtem Donnerstag, den 5. September 2019, dem Tag der Sitzblockade, sind die Lehrer*innen bereits auf der Titelseite. Auf der unteren Hälfte findet sich der Artikel mit dem Titel »Gov't urges considering students' rights as teachers set on school-day protest« (04.09.2019). Der Artikel reagiert auf den Plan der Lehrer*innen, ab Sonntag³ zu streiken. Im Untertitel des Artikels wird das erste Mal der Grund für den Protest genannt: »Association demanding 50 per cent raise for teachers«. Dieser Artikel erwähnt auch den Ort der Sitzblockade, die am selben Tag stattfindet. Er beginnt mit den Worten:

Urging students not to attend schools is against the law, Education Ministry Spokesperson Walid Jallad stressed on Wednesday, as teachers were set to hold a demonstration midday Thursday in front of the Prime Ministry near Fourth Circle. (»Gov't urges considering students' rights as teachers set on school-day protest«, *The Jordan Times*, 04.09.2019)

Der Artikel legt den Fokus nicht auf den Protest der Lehrer*innen, sondern rückt das Recht der Schüler*innen auf Unterricht ins Zentrum. Er erwähnt weder möglicherweise bestehende Missstände noch die mögliche Berechtigung der Gehaltsforderung, sondern betont ausschließlich den drohenden Unterrichtsausfall. Indem der Artikel den Anschein erweckt, die Lehrer*innen würden Schüler*innen auffordern, dem Unterricht fernzubleiben, rückt er die Proteste der Lehrer*innen implizit ins Illegale. Das vorherrschende Narrativ ist die Sorge der Regierung um die Rechte der Schüler*innen.

Als am Donnerstagmorgen die *Jordan Times* mit diesem Artikel auf der Titelseite erscheint, ist niemanden klar, wie dramatisch sich die Geschehnisse noch entwickeln werden. Ein sehr großes Polizeiaufgebot soll verhindern, dass die Lehrer*innen an den Ort gelangen, an dem sie ihren Protest ursprünglich geplant haben. Die Sitzblockade sollte eigentlich am vierten Zirkel stattfinden, einem zentralen Ort in Amman, in dessen Nähe sich der Regierungssitz des Premierministers befindet. Nach und nach strömen trotz des Verbots immer mehr Lehrer*innen

3 In Jordanien beginnt die Woche mit dem Sonntag.

dorthin, um zu protestieren, viel mehr als erwartet. Die Polizei setzt Tränengas ein, um die Demonstrant*innen auseinanderzutreiben. Im Büro der *Jordan Times* reden Journalist*innen darüber, wie ungeschickt es von der Regierung gewesen sei, den ursprünglich geplanten Ort der Sitzblockade zu verbieten und die ganze Innenstadt abzuziegeln. Das erst hätte dazu geführt, dass noch mehr Lehrer*innen zum Demonstrieren nach Amman gekommen seien. Diese Perspektive, der interne Diskurs der Redaktion, findet sich in der Zeitung nicht wieder.

In der Wochenendausgabe vom 6./7. September 2019 (Freitag und Samstag) heißt es auf der Titelseite oben rechts »Teachers announce Sunday strike dubbed ›illegal‹ by gov't« (06.09.2019). In diesem Artikel wird dargestellt, dass die Lehrer*innen nach der Sitzblockade vom Vortag nun ab Sonntag zum Streik aufrufen. Der Artikel stellt die Rechtmäßigkeit dieses Streiks in Frage, diskutiert aber auch das erste Mal die Rechtmäßigkeit der Forderung der Lehrer*innen nach mehr Gehalt. Zunächst werden jedoch die Ereignisse von Donnerstag wiedergegeben: Der Artikel erwähnt einen Vater, der erzählt, dass er aufgrund des Verkehrschaos am Donnerstag seinen Sohn nicht von der Schule abholen konnte. Außerdem geht der Artikel auf eine Pressekonferenz der Regierung ein, die als Reaktion auf die Sitzblockade stattfand und in der drei Minister*innen die Forderung der Lehrer*innen nach mehr Gehalt ablehnten. In der zweiten Hälfte des Artikels, die ich hier wiedergebe, werden zwei Lehrer zitiert, die die Geschehnisse vom Vortag wiedergeben und ihre seit Jahren bestehende Gehaltsforderung erläutern, dabei aber nicht über ihre Arbeitsbedingungen sprechen:

»We have been demanding the 50-per cent increase since 2014 or 2015, and the JTA has been contacting the government ever since, but nothing happens, so today we are out here to voice this demand,« Ali Ahmad, one of the teachers at the strike, told *The Jordan Times* on Thursday.

He said that many teachers have come to the Fourth Circle from southern governorates⁴ and all the protesters were not allowed to reach the agreed upon area by the authorities.

Mohammad Sandouqa, another teacher present at the strike, said that an agreement was reached at some point to gradually disburse the 50-per cent increase over three years but that also did not happen.

He also highlighted that in the last five months, former JTA president Ahmad Hajaya had been voicing the demand but to no avail.

»Therefore, it was agreed upon three weeks ago to stage the sit-in on Thursday in order to make our voices heard,« he added. (»Teachers announce Sunday strike dubbed ›illegal‹ by gov't«, *The Jordan Times*, 06.09.2019)

4 Jordanien ist in zwölf Provinzen unterteilt.

Die Zitate der Lehrer sind nicht persönlich oder emotional, sondern neutrale Erläuterungen des Kontextes. Die Zeitung bildet ihre Stimmen ab und wahrt trotzdem Distanz. Auf diese Weise gerät sie nicht in Gefahr, selbst regierungskritisch zu wirken, während sie regierungskritische Positionen darstellt. Der Rest des Artikels enthält Reaktionen zivilgesellschaftlicher Institutionen auf den Streik:

The civil society coordinating coalition in Jordan, HIMAM, criticised the government procedures to deter teachers from holding their protests, considering strikes and peaceful assemblies as a key right guaranteed by the Constitution. Commenting on the JTA protest, the Muslim Brotherhood Group Society called for considering national interests and expressed concerns that »the biggest loser will be students in particular and the homeland in general«, according to Petra. The society also said that the decline of the economic conditions for all segments of the Jordanian society, mainly public employees, has become a source of worry, and that the government has to find creative solutions to resolve this case as quickly as possible.

For his part, Chairman of the National Centre for Human Rights' Board of Trustees Rhayel Gharaibeh said that the government has always been open to dialogue with teachers, noting that he contacted Prime Minister Omar Razzaz who expressed readiness to meet and talk. (»Teachers announce Sunday strike dubbed ›illegal‹ by gov't«, *The Jordan Times*, 06.09.2019)

Hier ist auffällig, dass die zivilgesellschaftlichen Institutionen zwar kaum direkte Kritik an der Regierung üben, die Forderungen der Lehrer*innen jedoch nicht herunterspielen und ihr Recht zu demonstrieren betonen. Es ist ungewöhnlich, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Artikeln der *Jordan Times* zu politischen Ereignissen äußern. Dies ist ein Zeichen dafür, wie politisch bedeutsam das Ereignis ist, und zeigt außerdem auf, welche Möglichkeiten den Journalist*innen der *Jordan Times* zu Verfügung stehen, diese Bedeutung klarzumachen. Der Artikel wird mit einem Foto der Proteste von Donnerstag veröffentlicht. Einer der Layouter hat das Foto aufgenommen, das eine Menschenmasse zeigt, in der die Menschen dicht beieinanderstehen und von mehreren Reihen Polizisten aufgehalten werden. Nur das Foto zeigt die Größe des Protests auf, Zahlen, wie viele Menschen protestiert haben, erwähnt der Artikel nicht.

Nach dem Wochenende beginnt der Streik. Am Sonntag, dem 8. September 2019, bringt die *Jordan Times* die Lehrer*innen erneut auf die Titelseite, diesmal oben links, also auf die prominenteste Position in der Zeitung. Der lange Artikel trägt den Titel »Teachers adamant on open strike amid gov't's dialogue calls« (07.09.2019) mit dem Untertitel »Gov't pledges to investigate all violations documented from Thursday's sit-in«. Erneut schmückt ein Foto des Layouters von den Protesten am Donnerstag den Artikel, auf dem einige protestierende Lehrerinnen zu sehen sind. Die *Jordan Times* berichtet über den Aufruf der JTA, mit offenem Ende in den Streik

zu treten sowie über ihre Forderung, Verstöße der Polizei bei der Sitzblockade am Donnerstag zu ahnden. Die Polizei wehre diese Vorwürfe mit der Begründung ab, sie sei von Lehrer*innen provoziert worden.

Die Betonung liegt in der Berichterstattung der *Jordan Times* darauf, offizielle Stimmen wiederzugeben, nicht darauf, die politische Lage einem Publikum zu vermitteln, dem diese fremd ist. Erneut ausgespart werden Berichte von Lehrer*innen, die an der Sitzblockade teilnahmen, sowie Erläuterungen zur Forderung der Streikenden und ihrer Gewerkschaft, also warum die Lehrer*innen die Gehaltserhöhung, von der sie sagen, dass sie ihnen seit Jahren versprochen wurde, für gerechtfertigt halten. Die Lebenssituation der streikenden Lehrer*innen wird nicht beschrieben und es gibt auch keine Erläuterungen, wie viel Lehrer*innen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen verdienen.

Nach dem ersten Tag, an dem aufgrund des Streiks kein Unterricht in den öffentlichen Schulen stattfindet, dominiert der Streik am Montag, dem 9. September 2019, die beiden wichtigsten Seiten der Zeitung, nämlich sowohl die Titelseite als auch die Seite 3. Die obere Hälfte der Titelseite widmet sich fast ausschließlich einem Treffen des Königs mit lokalen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Medieninstitutionen. Der Artikel beschreibt zwar verschiedene Themen, die bei dem Treffen behandelt wurden, setzt aber das Thema Lehrer*innenstreik in den Titel und betont es damit: »Students' interests should always be focal point of responsible dialogue – King« (09.09.2019). Dass die *Jordan Times* den Streik in die Überschrift nimmt und nicht ein anderes Thema, zeigt zum einen, wie groß das öffentliche Interesse am Streik ist, und zum anderen, wie relevant die Aussage des Königs zu diesem Ereignis ist. Ein weiterer Artikel befindet sich auf der unteren Hälfte der Titelseite, »Classrooms deserted as teachers continue open strike« (09.09.2019). Dieser Artikel fasst die Entwicklungen der letzten Tage zusammen. Er zitiert die jordanische Nachrichtenagentur Petra und macht das Ausmaß des Streiks klar, indem er sagt, dass 1,5 Millionen Schüler*innen in öffentlichen Schulen eingeschrieben seien, die etwa 80.000 Lehrer*innen beschäftigen, der Unterricht in privaten Schulen aber weiter stattfände. Diese Informationen sind insbesondere für Personen wichtig, die sich nicht gut mit dem jordanischen Bildungssystem auskennen, wie es wahrscheinlich bei den Leser*innen der *Jordan Times* der Fall ist.

Auch die ganze obere Hälfte der Seite 3 widmet sich dem Streik. Zum einen gibt es einen Artikel über die Reaktionen von Eltern und Schüler*innen mit dem Titel »Teachers' strike draws mixed reactions from parents, students« (09.09.2019). Hier werden Eltern und Schüler*innen an verschiedenen Orten im Land zitiert, die sich, anders als die Überschrift vermuten lässt, mehrheitlich positiv zum Streik, aber besorgt wegen des Unterrichtsausfalls, äußern. Hier ein Ausschnitt des Artikels:

Baraa Awadallah, whose brother and sister go to two different public schools in Marj Al Hammam area, said that she and her family support the strike and believe in the teachers' right for a raise.

Awadallah said they kept the children at home as well because the teachers said that they would keep students in the school's yard and would not allow them to enter their classrooms.

»They are only eight and 10 years old, so they are happy to have another day off, but, of course, we wish for things to be resolved quickly so that students do not miss out on a lot of classes,« she said. (»Teachers' strike draws mixed reactions from parents, students«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 09.09.2019)

Die zitierten Stimmen geben Einblick in die Lebensrealität der betroffenen Eltern und Schüler*innen, sagen jedoch nichts zu dem Vorgehen der Regierung und sind damit nicht regierungskritisch. In demselben Artikel wird auch eine Debatte in den sozialen Medien erwähnt:

The hashtag #with_the_teacher (in Arabic) went viral on social media, and a simple Facebook search of the hashtag shows tonnes of posts from schools around the Kingdom in which teachers took pictures of themselves striking at their schools. (»Teachers' strike draws mixed reactions from parents, students«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 09.09.2019)

In diesem Artikel kommt also ein lokaler Diskurs zumindest zur Sprache, bei dem sich Menschen mit dem Streik solidarisieren, auch wenn dieser Diskurs nicht weiter ausgeführt wird.

Daneben befindet sich auf Seite 3 noch ein kurzer Artikel mit dem Titel »No mention of pay raise in 2014 letter from former education minister« (09.09.2019), der die Forderungen der Lehrer*innen als illegitim darstellt. Die Lehrer*innen berufen sich mit ihrer Forderung auf ein fünf Jahre zuvor gemachtes Versprechen der Regierung. Dieses sei in einem Brief des Bildungsministers aus der Zeit nicht enthalten, hält der Artikel fest. Was die Lehrer*innen zu diesem Brief sagen, thematisiert der Artikel nicht. Ihre Kritik an der Regierung lässt sich nur an den Geschehnissen ablesen und wird nicht explizit in der Zeitung formuliert. Die journalistische Praxis gestaltet die Artikel so, dass die Position der Regierung den größten Raum innehat und sie auf die Frage der Legitimität der Streikforderungen wenig eingehen. Dabei zeugt es vom Erfolg des Streiks, dass die *Jordan Times* so intensiv über ihn berichtet und sogar Artikel zur öffentlichen Meinung bringt, die ansonsten in der Zeitung sehr selten vorkommen. Der Streik ist in dem Sinne erfolgreich, dass er Schlagzeilen macht, auch wenn es nicht die Lehrer*innen und ihre Gewerkschaft sind, die hauptsächlich zu Wort kommen.

Der Streik der Lehrer*innen wird innerhalb der Redaktion leidenschaftlich, aber nicht feindselig diskutiert. Es gibt viele, die mit den Lehrer*innen sympathisieren, aber auch einige, die den Streik ablehnen. An einem Abend in der ersten Woche des Streiks traf ich zum Beispiel im Treppenhaus, wo sich die Raucher*innen zum Rau-

chen hinbegeben, auf den stellvertretenden Chefredakteur Raed Omari, der aufgebracht mit einer Kollegin diskutierte. Er war gegen den Streik – dieser sei kein geeignetes Mittel, um eine sicherlich notwendige Gehaltserhöhung durchzusetzen –, sie dafür.

Am Dienstag, dem 10. September 2019, gibt es einen Artikel auf der unteren Hälfte der Titelseite. Der Artikel titelt »Fears begin to surface as no breakthrough to end teachers' strike on the horizon« (09.09.2019), nachdem die Regierung und die JTA am Vortag keine Einigung erzielen konnten. Im Artikel heißt es:

While the teachers' demands were met with popular support around the Kingdom, the lack of prospects for reaching an agreement soon has begun to raise fears over how much students would lag behind on the academic schedule if the strike drags on for long. (»Fears begin to surface as no breakthrough to end teachers' strike on the horizon«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 09.09.2019)

Die Sorge um die Schüler*innen, die Unterricht verpassen, steht im Artikel im Vordergrund und wird mit der Unterstützung verbunden, die der Streik in der jordanischen Bevölkerung erfährt. Aus der Berichterstattung der *Jordan Times* ist nicht nachvollziehbar, warum die Gespräche und Verhandlungen zwischen JTA und Regierung scheitern.

In diesen Tagen wird in der Redaktion häufig bis zum späten Abend gewartet, ob es bezüglich des Streiks noch etwas Neues gibt. Erst wenn die Treffen zwischen JTA und Regierung beendet sind, weiß die *Jordan Times*, was sie titeln kann. So lange bleiben die Redakteur*innen im Büro. Meine Kolleg*innen erklären mir, dass der Streik auch deswegen ein Politikum sei, weil die Regierung Angst haben müsse, dass auch andere Gruppen des öffentlichen Diensts beginnen könnten zu streiken. Aus den Artikeln ist dies jedoch nicht ersichtlich.

Am Mittwoch, dem 11. September 2019, ist der Streik erneut auf der unteren Hälfte der Titelseite präsent. Der Ton ist schärfer geworden. Der Artikel trägt den Titel »PM hints at legal measures if teachers' strike continues as it enters 4th day« (11.09.2019) und enthält die Äußerungen des damaligen Premierministers Omar Razzaz, der sich das erste Mal seit Beginn des Streiks öffentlich äußert und mit nicht näher spezifizierten Konsequenzen droht, sollte der Streik noch länger andauern. Dass der Streik den Staat angreift, wird in den im Artikel zitierten Äußerungen des Premiers deutlich, der von einem »starken Staat« spricht:

»There is a legal aspect to the strike; we believe in a strong state that is ruled by the law, and strong society and institutions that abide by it. In the event the [Jordan Teachers Association (JTA)] insists on continuing with the strike, every action will have its consequence,« Razzaz said in a televised interview in his first public remarks since the announcement of the strike. (»PM hints at legal measures if teachers' strike continues as it enters 4th day«, *The Jordan Times*, 11.09.2019)

Auch am darauffolgenden Tag, am Donnerstag, dem 12. September 2019, findet sich zum Streik ein Artikel auf der unteren Hälfte der Titelseite. Das jordanische Lower House, dessen Mitglieder nicht vom König ernannt, sondern von den Bürger*innen gewählt werden, hat sich mit der Gewerkschaft der Lehrer*innen zur Vermittlung getroffen und es kam erneut zu keiner Einigung. Der Artikel titelt: »MPs urge teachers to end week-long strike, more efforts from gov't« (12.09.2019). Auch auf der Seite 3 wird der Streik besprochen. Der Artikel trägt den Titel »Discussions enliven social media debate as no end in sight for teachers' strike« (11.09.2019). Der Artikel zitiert unter anderem einen kritischen Kommentar eines Satirikers auf Facebook, der sich über die Bemühungen der Regierung lustig macht.

On Wednesday, a Facebook post by satirist Abdulmajid Al Majali said that those who describe the strike as being detrimental to students »have never complained about the overcrowded classrooms, the bad infrastructure of schools, the horrible food and the curricula that, when amended to go forward, lead us backwards«. (»Discussions enliven social media debate as no end in sight for teachers' strike«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 11.09.2019)

Diesen kritischen Kommentar zu erwähnen und aus dem Arabischen ins Englische zu übersetzen, ist für die *Jordan Times* sehr ungewöhnlich – ein weiteres Zeichen für den Erfolg des Streiks. Nach der Erwähnung des Satirikers benutzt die *Jordan Times* erneut das bereits verwendete Zitat des Premierministers über den »starken Staat« und stellt es dem Kommentar des Satirikers gegenüber. Die Strategie der Wiederholung offizieller Aussagen als Reaktion auf unterschiedliche kritische Aussagen ermöglicht es der *Jordan Times*, ausgewogen zu berichten, so wie sie Ausgewogenheit versteht (vgl. Kap. 4.1.4), auch wenn es keine neuen offiziellen Aussagen gibt. Der Artikel erwähnt auch andere Aspekte der Debatte, die in den sozialen Medien geführt wird:

Also on Tuesday, a live video which the JTA shared on its official Facebook page went viral, showing a man purportedly describing how he does not mind if a week goes by without his children receiving education as long as teachers get their raise and are able to afford simple life basics. Several teachers from around the Kingdom have been doing maintenance work to their schools, trying to convey a message that even while on strike, they have the students' best interests at heart. (»Discussions enliven social media debate as no end in sight for teachers' strike«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 11.09.2019)

Hier ist die Bedeutung der sozialen Medien interessant, die es den Journalist*innen der *Jordan Times* unter den herrschenden Bedingungen der Knappheit ermöglichen, mit wenig Aufwand die lokale öffentliche Debatte darzustellen.

Auch auf Seite 3 steht noch ein weiterer Artikel: »ZPU initiative seeks to shoulder students' burdens during teachers' strike« (11.09.2019). Es geht um eine private

Universität in Zarqa, einer Stadt nordöstlich von Amman, die sich mit der Initiative »Our students are our responsibility...« um die vom Streik betroffenen Schüler*innen kümmert und diese unterrichtet. Eigentlich sind Initiativen, die außerhalb Ammans stattfinden, meist von geringer Bedeutung. Diese wird nur erwähnt, weil sie auf den Streik reagiert und der Streik so viel Aufmerksamkeit generiert. Außerdem legt die *Jordan Times* besondere Betonung auf den Aspekt, dass die Schüler*innen, die an öffentlichen Schulen eingeschrieben sind, unter dem Streik leiden.

Die Rolle der Seite 3 ist für mein Fallbeispiel des Lehrer*innenstreiks eine spezielle. Artikel auf der Seite 3 dürfen etwas weniger offiziell sein als Artikel auf der Titelseite, sodass die Journalist*innen hier die Möglichkeit haben, den innerjordanienschen Diskurs darzustellen. Nur auf dieser Seite bringt die *Jordan Times* Artikel zur öffentlichen Meinung und erwähnt Diskussionen in den sozialen Medien sowie Entwicklungen in den verschiedenen Regionen Jordaniens. Offizielle Stellungnahmen und Meetings kommen eher auf die Titelseite. Auf Seite 2 geht es auch während des Streiks weiterhin um lokale Nachrichten im Bereich Kultur- und Gesellschaft, häufig auch um internationale NGOs. Der Streik findet also auf der Titelseite oder der Seite 3 Erwähnung. Die Seite 3 hat dabei die meisten Möglichkeiten, kritische Aspekte aufzugreifen.

Ganz so präsent wie an den ersten Tagen bleibt der Streik zwar nicht, dennoch gibt es bis zu seiner Beilegung beinahe jeden Tag einen Artikel in der *Jordan Times* zum Streik. In der Redaktion reden die Journalist*innen viel über ihre Theorien, ob, wie und wann sich JTA und die Regierung einigen werden. Sie äußern sich auch besorgt über die Nöte der Schüler*innen, die nun eine Woche nicht in die Schule gehen konnten, und sprechen darüber, wie wichtig es für Jordanien ist, den Nachwuchs zu fördern, um international mithalten zu können. Ich bin überrascht, wie groß die Sorgen bei meinen Kolleg*innen nach einer Woche Streik sind. Hier findet sich der interne Diskurs der Redaktion zumindest in Teilen in der Berichterstattung wieder.

Am Sonntag, dem 15. September 2019, beginnt die zweite Woche, in der der Unterricht in den öffentlichen Schulen ausfällt. Der Streik erscheint wieder auf der Titelseite, jedoch nicht auf weiteren Seiten. Der Artikel auf der Titelseite trägt die Überschrift: »Strike enters 2nd week as teachers reject PM's call to return to classrooms« (15.09.2019). Es gibt keine neuen Entwicklungen, doch die *Jordan Times* erwähnt den Streik trotzdem erneut, da der akute Zustand des anhaltenden Streiks allein schon bedeutsam genug ist. Auch am nächsten Tag gibt es keine nennenswerten Entwicklungen, sodass am Montag, dem 16. September 2019, der Streik nur klein auf der Titelseite oben rechts erwähnt wird: »Gov't, teachers again call for dialogue but fail to sit at one table« (16.09.2019). Am Dienstag erscheint kein Artikel, am Mittwoch, dem 18. September 2019, ist der Streik auf der Titelseite mit einem kleinen Artikel auf der unteren Hälfte vertreten, »Hinging strike on meeting with PM like lodging stick in wheel – Ghunaimat« (18.09.2019). Dieser Artikel bespricht Aussagen der damaligen Medien- und Informationsministerin sowie Regierungsspreche-

rin Jumana Ghunaimat zum Streik. Auf Seite 3 gibt es außerdem noch einen großen Artikel oben mit dem Titel »Private schools offer backup to public Tawjih students as teachers strike« (17.09.2019). Er handelt davon, dass einige Privatschulen Schüler*innen von öffentlichen Schulen aufnehmen, die in ihren Abschlussjahren sind. Erneut wird das Leid der Schüler*innen in den Fokus genommen. In diesen Tagen werden weder die JTA noch einzelne Lehrer*innen, jedoch einzelne Personen der Regierung zitiert.

Auffällig an der Berichterstattung der *Jordan Times* ist, dass seit den ersten zwei Artikeln zum Streik, die jeweils ein Foto der Sitzblockade enthielten, keine Lehrer*innen oder Personen der JTA mehr auf den Fotos abgebildet werden, sondern ausschließlich Regierungsvertreter*innen oder leere Schulräume, leere Schulhöfe oder auch Schulkinder auf ihrem Weg zurück nach Hause. Die *Jordan Times* bildet die Position der Gewerkschaft kaum ab und auch nicht ihre Gesichter – was unverständlich und unsichtbar bleibt, kann auch keine Sympathien generieren.

Eine Woche nach den gescheiterten Gesprächen zwischen JTA und Regierung, am Ende der zweiten Streikwoche, werden die Gespräche wieder aufgenommen. Am Donnerstag, dem 19. September 2019, gibt es dazu einen großen Artikel auf der Titelseite oben: »Dialogue between teachers, government resumes – so does strike« (18.09.2019), die Unterüberschrift lautet: »Second meeting scheduled for today after both sides report >positive indicators««. Hier wird wieder eine Person der JTA zitiert:

»The best interests of students have always been and will remain at the core of the association's concerns,« Ghaleb Abu Qudeis, a JTA council member said, adding that the strike will continue until a final agreement has been reached. (»Dialogue between teachers, government resumes – so does strike«, *The Jordan Times*, 18.09.2019)

Dieser Artikel macht keinerlei Aussage zum Stand der Gespräche. Er reagiert auf die Sorge um die Schüler*innen, die nicht unterrichtet werden, macht die Position der streikenden Lehrer*innen aber nicht verständlicher, obwohl ein Gewerkschaftsmitglied zitiert wird. Auf Seite 3 findet sich ein Artikel zur öffentlichen Meinung, der diese als gespalten beschreibt und mit folgenden Worten beginnt: »Concerns as well as support continue to stream in from the public as the teachers' strike entered its tenth day on Thursday.« (»Teachers' strike enters 10th day stuck in neutral«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 19.09.2019).

In der Wochenendausgabe vom 20./21. September 2019 gibt es nur einen Artikel zum Streik auf der Titelseite: »Gov't proposes >new model« to improve teachers' conditions« (19.09.2019). Die Regierung schlägt ein neues Modell vor, um Lehrer*innen zu entlohnen. Dieses erfülle zwar nicht die Forderung der Lehrer*innen nach 50 Prozent Gehaltssteigerung, die JTA wolle es jedoch prüfen, so der Artikel. Doch auch dieser Versuch eines Kompromisses schlägt fehl. Am Sonntag, dem 22. September 2019, geht es wieder auf der Titelseite um den Streik. »No dialogue until gov't apo-

logises, acknowledges 50 % raise – teachers« (21.09.2019) titelt ein Artikel des stellvertretenden Chefredakteurs Raed Omari. Der Streik startet in die dritte Woche. Die JTA hält an ihrer Forderung von 50 Prozent mehr Gehalt fest und fordert außerdem eine Entschuldigung der Regierung für ihr Vorgehen am Tag der Sitzblockade. Das erklärt in dem Artikel der Pressesprecher der JTA Nouriddin Nadim, der wörtlich zitiert wird. Dass der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari den Artikel unter seinem Klarnamen veröffentlicht und nicht mit dem Kürzel JT, ist etwas Besonderes. Dieses Kürzel steht für den Namen der Zeitung und wird in den allermeisten Fällen für Artikel auf der Titelseite verwendet. Hier gibt sich Raed Omari also als Autor zu erkennen, obwohl der Artikel auf der Titelseite steht. Die genauen Beweggründe sind mir nicht klar, ich vermute, dass auch das ein Zeichen dafür ist, wie erfolgreich der Streik ist. Es scheint inzwischen erforderlich zu sein, sich als renommierter Journalist dazu zu äußern.

Am selben Tag gibt es noch einen weiteren Artikel auf Seite 3 mit dem Titel »Nationwide calls urge end, solution to teachers' strike« (21.09.2019). Darin geht es um die landesweiten Reaktionen von Menschen im Bildungsbereich und von Eltern, die sich ein Ende des Streiks wünschen. Bemerkenswert ist, dass in diesem Artikel Regionen einbezogen werden, die ansonsten in der *Jordan Times* wenig Beachtung finden. So heißt es etwa über die Stadt Ajloun:

In Ajloun, some 70km northwest of the capital, parliamentarians, academicians, popular figures and parents called on teachers to dialogue with the government and end the strike soon. (»Nationwide calls urge end, solution to teachers' strike«, *The Jordan Times*, 21.09.2019)

Was in den Artikeln nun in erster Linie verhandelt wird, ist, wie ein baldiges Ende des Streiks herbeigeführt werden könnte. Am Montag, dem 23. September 2019, ist über den Streik nur auf Seite 3 zu lesen. Oben rechts bespricht ein Artikel mit dem Titel »Ghunaimat presents government's proposals to end teachers' strike« (23.09.2019) eine Pressekonferenz der Ministerin und Regierungssprecherin Jumana Ghunaimat, die sich dazu äußert, wie die Regierung den Streik beilegen will:

»The 50-per cent raise was never promised by any government in previous years. But the successive governments pledged their commitment to improving the working conditions and salaries of the teachers and this is our aim by the beginning of 2020,« Ghunaimat stressed. (»Ghunaimat presents government's proposals to end teachers' strike«, Rana Husseini, *The Jordan Times*, 23.09.2019)

Daneben titelt ein zweiter Artikel: »Parents voice concerns over ongoing teachers' strike« (23.09.2019). Dieser Artikel beginnt mit den Worten:

As the teachers' strike entered its third week on Sunday, parents voiced concerns about how the situation might negatively affect their children who remain at home without schooling. (»Parents voice concerns over ongoing teachers' strike«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 23.09.2019)

Besorgte Eltern kommen zu Wort, die den Streik angesichts des anhaltenden Unterrichtsausfalls nicht gerechtfertigt finden. Hier wird keine Gegenmeinung von Lehrer*innen oder Eltern daneben gestellt, die den Streik weiterhin unterstützen und auch die Mittel gerechtfertigt finden. Das Ideal der Journalist*innen der *Jordan Times*, ausgewogen zu berichten, wird hier wieder nur in eine Richtung eingehalten: Wenn es um Positionen geht, die den Staat in Frage stellen, muss noch eine offizielle Position daneben gestellt werden. Ist dies nicht der Fall, ist Ausgewogenheit kein Ideal (vgl. Kap. 4.1.4).

Am Dienstag, dem 24. September 2019, ist der Streik auf der Seite 3 mit zwei Artikeln präsent. Zum einen steht oben links der Artikel mit dem Titel »Teachers' strike symptom of harsh economic conditions – PM« (24.09.2019). Premierminister Omar Razzaz äußert sich verständnisvoll gegenüber den Lehrer*innen und ihrer finanziell schwierigen Situation. Der Artikel beginnt mit den Worten:

The teachers' strike ›sums up‹ the situation in Jordan, most notably, the difficult economic conditions facing citizens and the government alike, Prime Minister Omar Razzaz said on Monday. It has been years since citizens have experienced improvement in living conditions, the premier said, noting that public sector wages have not kept up with the continuous growth in inflation rates, according to the Jordan News Agency, Petra. (»Teachers' strike symptom of harsh economic conditions – PM«, *The Jordan Times*, 24.09.2019)

Der Artikel zitiert ausschließlich den Premierminister. Nach knapp drei Wochen Streik werden hier zum ersten Mal in einem Nachrichtenartikel der *Jordan Times* die schwierigen Lebensumstände der Lehrer*innen erwähnt und Bezug genommen auf die generell schwierigen Lebensumstände der jordanischen Bevölkerung.

Unten auf Seite 3 befindet sich noch ein weiterer kleiner Artikel mit dem Titel »Parties chide JTA over strike« (24.09.2019), in dem zwei Parteien zu Wort kommen, die die Gewerkschaft der Lehrer*innen kritisieren. Der Kontext wird jedoch nicht klar. Im Artikel heißt es:

The Jordanian National Union party has criticised the Jordan Teachers Association's (JTA) ›recent rhetoric‹, voiced by its media spokesperson and a number of the syndicate's speakers at rallies and on social media platforms. In a statement, the party noted that such rhetoric oversteps the association's right to make demands, and tackles issues of a political dimension that do not align with the teachers' goal, which originally sought improvement to their living and financial conditions. [...] In a different statement, the Coalition of Centrist Parties condemned

the JTA's statements that »call for an escalation of the situation and reflect the lack of vision by JTA administrators«. (»Parties chide JTA over strike«, *The Jordan Times*, 24.09.2019)

Es wird nicht erwähnt, um welche Rhetorik es geht oder warum diese kritisiert wird. Die *Jordan Times* arbeitet auch in diesem Fall mit Auslassungen, um sich konform zu verhalten und trotzdem berichten zu können. Interessant ist, dass überhaupt Parteien zu Wort kommen. Parteien spielen in der politischen Landschaft Jordaniens eine sehr geringfügige Rolle und tauchen auch in der Berichterstattung der *Jordan Times* kaum auf.

Am Tag darauf, am Mittwoch, dem 25. September 2019, gibt es keinen Artikel zum Streik. Am Donnerstag, dem 26. September 2019, erwähnt die *Jordan Times* den Streik wieder auf der Titelseite sowie auf Seite 3. Auf der Titelseite steht ein kleiner Artikel rechts oben: »Gov't presents new proposal to end 3-week strike, deemed sub-par by teachers« (25.09.2019). Die Regierung schlägt erneut einen Kompromiss vor, der von der Gewerkschaft der Lehrer*innen abgelehnt wird. Auf Seite 3 steht ein Artikel von Rana Husseini zur öffentlichen Meinung, der eine Studie bespricht: »Survey shows public opinion against teachers' strike, in favour of pay raise« (25.09.2019). Die Überschrift des Artikels behauptet, alle seien gegen den Streik, tatsächlich ist die öffentliche Meinung jedoch gespalten. Die Studie spricht von 56 Prozent der Jordanier*innen, die gegen den Streik seien. Die Überschriften der *Jordan Times* sind generell noch deutlicher auf Seiten des Staates als ihre Artikel. Geschulte Leser*innen können in den Artikeln mehr Kritik finden als die Überschriften vermuten lassen.

In der Wochenendausgabe vom 27./28. September 2019 ist der Streik wieder sehr präsent. Es gibt Hoffnung, dass der Streik bald beigelegt werden kann. Auf der Titelseite oben ist ein Artikel mit dem Titel »PM says gov't, teachers discussing »specific figures«, hopeful strike will not see 4th week« (27.09.2019). Auf der Seite 3 gibt es einen Artikel über die öffentliche Meinung, »Anxious students brace to make up for lost school days due to strike« (26.09.2019). Dieser Artikel lässt zum ersten Mal seit dem Artikel über die Sitzblockade vor drei Wochen einen einfachen Lehrer zu Wort kommen, der anonym bleiben will und der erklärt, dass mit dem von der Regierung vorgeschlagenen System die Gehaltserhöhung minimal wäre. Dass die *Jordan Times* Hintergrundinformationen zu Verfügung stellt, die erklären, warum die JTA den Vorschlag der Regierung abgelehnt hat, ist ungewöhnlich und muss als Erfolg des Streiks gewertet werden, der politischen Druck auf die Regierung ausübt. Erneut spiegelt die Überschrift jedoch nicht den kritischen Aspekt des Artikels wider.

Auch am Sonntag, dem 29. September 2019, ist der Streik auf der Titelseite oben. Der Artikel mit dem Titel »Hopes of end to strike dissipate as teachers reject gov't's raises decision« (29.09.2019) betont die zerstörte Hoffnung auf eine Beilegung des Streiks, nachdem bereits konkret diskutiert worden war, wie und um wie viel die

Gehälter der Lehrer*innen erhöht werden sollten. Am Montag, dem 30. September 2019, ist der Streik weiterhin auf der Titelseite rechts oben, »Razzaz urges parents to send their children to schools, calls on teachers to end strike« (29.09.2019) mit dem Untertitel »Administrative Court orders immediate suspension of teachers' strike«. Der damalige Premierminister ermutigt Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, um Druck auf die streikenden Lehrer*innen auszuüben. Die Stimmung verändert sich zu Ungunsten der Lehrer*innen. Ein von Eltern initiiertes Gerichtsverfahren gegen die Lehrer*innen soll außerdem den Streik beenden.

Jetzt steht die geplante Rückkehr der Schüler*innen in die Schulen im Fokus. Am Dienstag, dem 1. Oktober 2019, gibt es nur einen Artikel zum Streik auf der Titelseite rechts oben: »Ministry invites students to return to schools despite ongoing teachers' strike« (30.09.2019). Darin wird beschrieben, dass das Bildungsministerium Aufforderungen an jordanische Schuldirektor*innen geschickt hat, in denen angeordnet wird, Schüler*innen zurück in die Schule zu holen. Am Mittwoch, dem 2. Oktober 2019, ist der Streik auf der Titelseite oben links: »Education ministry says more than 1,000 schools break teachers' strike« (02.10.2019), der auf den Erfolg der Ermutigung des Tages zuvor hinweist. Am Donnerstag, dem 3. Oktober 2019, ist der Streik erneut auf der Titelseite oben mit einem etwas kleineren Artikel mit dem Titel »Supreme Court orders 'immediate' suspension of teachers' strike« (03.10.2019) und dem Untertitel »Teachers insist their strike is legal«. Eine weitere gerichtliche Instanz hat die Illegalität des Streiks bestätigt. Die JTA, so der Artikel, beharre jedoch darauf, dass der Streik legal sei. In der Wochenendausgabe vom 4./5. Oktober 2019 steht auf der Titelseite ein Artikel, den der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari erneut unter seinem Klarnamen veröffentlicht: »Teachers end strike, only to begin anew Sunday if demands unmet« (04.10.2019). Der Untertitel lautet »Decision comes in compliance with court order«. Die Lehrer*innen geben dem Druck des Gerichtsbeschlusses nach, drohen aber damit, nach dem Wochenende am Sonntag erneut zu streiken, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Doch tatsächlich endet der Streik am späten Samstagabend, also am Ende des jordanischen Wochenendes, ziemlich genau nach einem Monat. Der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari schickt mir am Samstag am späten Abend – ich habe das Büro bereits verlassen – extra eine WhatsApp-Nachricht, um mir die Neuigkeit mitzuteilen. Ich profitiere in dieser Situation vom privilegierten Zugang von Journalist*innen zu Informationen. So weiß ich, dass der Streik beendet ist, noch bevor dazu irgendetwas im Internet zu finden ist. Ich sitze mit zwei jordanischen Freunden und zwei Expat-Freundinnen im Restaurant und erzähle die Nachricht weiter. Einer meiner jordanischen Freunde beschwert sich bei mir, er habe die Berichterstattung der *Jordan Times* während des Streiks unmöglich gefunden, da sie kaum auf die Position der Streikenden eingegangen sei. Ich widerspreche nicht. Ich bin überrascht, dass er die Berichterstattung der *Jordan Times* verfolgt hat, obwohl

er als Jordanier nicht zum intendierten Publikum gehört. Mich erstaunt aber auch, dass er sich von der *Jordan Times* eine andere Berichterstattung erhofft hat.

Am Sonntag, dem 6. Oktober 2019, steht also auf der Titelseite oben links der Artikel »Teachers' month-long strike over, students to return to school« (06.10.2019), erneut von Raed Omari unter seinem Klarnamen veröffentlicht. Neben einem System der Lohnerhöhung, das die Gewerkschaft der Lehrer*innen akzeptierte, erhielt sie auch die Entschuldigung für das Vorgehen der Polizei am Tag der Sitzblockade, die sie gefordert hatte. Am Montag, dem 7. Oktober 2019, ist die Unterzeichnung der Einigung in einem Artikel auf der Titelseite unten links Thema: »Gov't, JTA ink agreement that ends teachers' month-long strike« (06.10.2019). Der Artikel erklärt die Details der Einigung. Auf dem dazugehörigen Foto sind die beiden Unterzeichner zu sehen, der Bildungsminister Walid Maani und der Vizepräsident der JTA Nasser Nawasrah. Es ist das erste und einzige Mal, dass in der Berichterstattung der *Jordan Times* zum Streik jemand von der JTA abgebildet ist. Außerdem sind die Reaktionen einiger Eltern und Lehrer*innen, die Kommentare in den sozialen Medien und die Pläne des Bildungsministeriums, die verlorenen Stunden aufzuholen, Thema eines Artikels auf Seite 2 oben mit dem Titel »Teachers welcome students after month-long strike, parents breathe sigh of relief« (06.10.2019). Der Streik ist vorbei, nun können die Eltern, die in der Berichterstattung der *Jordan Times* im Fokus standen, aufatmen. Im Artikel heißt es:

Laila Saleh said that she was happy to see her daughter Tasnim get up on Sunday morning, ready and eager to go to school. »She is usually cranky when I wake her up in the morning, but today she was actually happy about going to school. I think she missed her friends and her teachers,« Saleh said. (»Teachers welcome students after month-long strike, parents breathe sigh of relief«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 06.10.2019)

Die politische Ebene des Streiks, dass etwa auch die Regierung aufatmen kann, wird nicht erwähnt. Der beendete Streik erscheint jetzt auch erstmalig auf der Seite 2, die eher kulturelle und gesellschaftliche Themen abbildet als politische und weniger wichtig ist als die Seite 3.

Ich argumentiere, dass die Berichterstattung der *Jordan Times* in diesem Fallbeispiel versucht, zwei unterschiedliche Versprechen zu erfüllen: Die Leser*innenschaft zu informieren und den Staat zu schützen. Das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, spiegelt sich in der ausführlichen Berichterstattung und in den wiederkehrenden Artikeln über die öffentliche Meinung. Das Versprechen, den Staat zu schützen, zeigt sich darin, dass durchgängig der Perspektive der Regierung auf die Ereignisse Raum gegeben wird. Die Berichterstattung der *Jordan Times* stellt Regierungsvertreter*innen als die aktiv Handelnden dar und erläutert ihre Beweggründe. Daneben wird die Perspektive von Eltern aufgegriffen, die um die Ausbildung ihrer Kinder besorgt sind. So zeichnet die journalistische Praxis der *Jordan Times* ein

bestimmtes Bild der jordanischen Zivilgesellschaft, wobei die um die Zukunft ihrer Kinder besorgten Eltern für die gesamte jordanische Zivilgesellschaft stehen. Die Position der Gewerkschaft der Lehrer*innen nimmt in der Berichterstattung dagegen kaum Raum ein. Die *Jordan Times* nutzt eine Strategie der *Ausslassungen*, um den Staat zu schützen (vgl. Kap. 4.1.5). Außerdem nutzt sie mit dem Fokus auf die besorgten Eltern eine Strategie der *Entpolitisierung*.

Die journalistische Praxis der *Jordan Times* kuratiert zwischen den beiden Versprechen, die Leser*innen zu informieren und den Staat zu schützen. Sie hält beide Versprechen aufrecht, obwohl sie sie nicht beide gleichzeitig erfüllen kann. Die Leser*innen verstehen ohne zusätzliche Quellen die Zusammenhänge und Beweggründe nicht, werden aber über die Ereignisse zumindest oberflächlich informiert. Die Berichterstattung kann auch den Staat nicht vollständig schützen. Die Beweggründe der Lehrer*innen bleiben zwar unverständlich, dennoch ist offensichtlich, dass die Geschehnisse die Regierung in Frage stellen und herausfordern. Leser*innen mit dem nötigen Vorwissen können die Gefahr, die von dem Streik für den jordanischen Staat ausgeht, anhand der Reaktionen einschätzen, die er provoziert. Die beiden Versprechen bauen dabei aufeinander auf. Wäre das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, in der Zeitung nicht mehr präsent, wäre die *Jordan Times* nicht mehr glaubwürdig. Damit würde die Zeitung auch die Möglichkeit verlieren, ihre Leser*innen zu beeinflussen und dadurch den Staat zu schützen.

Die Stimmung in der Redaktion erlebte ich während des Streiks als durchgängig gut. Mein Eindruck war, dass die Aufregung darüber, dass etwas politisch Wichtiges passiert, in der Redaktion wertgeschätzt wurde und das Team näher zusammenbrachte. Dies ist besonders beachtlich, erforderte der Streik doch viel zusätzliche Arbeit. Redakteur*innen warteten oft bis spät in die Nacht auf Pressemitteilungen, damit die Neuigkeiten es noch in die Ausgabe des nächsten Tages schafften. Auch die Layouter mussten länger bleiben, um die Seiten fertigzustellen. Die Journalist*innen der *Jordan Times* schienen nach dem Ende des Streiks zwar erst einmal froh darüber zu sein, dass ihr Alltag nun wieder entspannter wurde. Doch schon nach wenigen Tagen bedauerte etwa der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari mir gegenüber, dass nun »nichts mehr los« sei. Ich interpretiere die gute Stimmung so, dass die Versprechen der Öffentlichkeit in der Zeit des Streiks greifbarer waren als sonst und die Journalist*innen deswegen ihre eigene Arbeit als sinnvoller empfinden konnten.

Das internationale Interesse am Lehrer*innenstreik in Jordanien war groß. Auch internationale Medien berichteten über den Streik. Meine These ist, dass eine Destabilisierung des jordanischen Staates befürchtet wurde. Auch meine Kolleg*innen sprachen bei verschiedenen Gelegenheiten davon, dass Jordanien »kein zweites Syrien« werden solle, eine Redewendung, die ich bemerkenswert fand. Die journalistische Praxis der *Jordan Times* beteuert mit ihrer Berichterstattung über den Lehrer*innenstreik die Stabilität des Staates und soll selbst dazu beitragen,

Stabilität herzustellen und aufrechtzuerhalten. Auf der Titelseite sowie in den Überschriften ist die Berichterstattung dabei noch eindeutiger auf der Seite des jordanischen Staats positioniert als in den Artikeln selbst oder auf den anderen Seiten. Für die journalistische Praxis heißt das: Je exponierter der Text, desto staatstreuer die Position.

Ich fasse zusammen: Mit der Strategie der Auslassungen kann die journalistische Praxis auf der einen Seite das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, und auf der anderen Seite das Versprechen, den Staat zu schützen, gleichzeitig aufrechterhalten. Außerdem nutzt sie eine Strategie der Entpolitisierung, indem sie darstellt, dass die Geschehnisse vor allem Schüler*innen und Eltern betreffen, und sie die politische Ebene nicht thematisiert.

Die Berichterstattung über den Lehrer*innenstreik zeigt dabei einen Bruch mit dem sonstigen Entwicklungsdiskurs an, an dem die *Jordan Times* teilnimmt (vgl. Kap. 4.3). Zwar stellt sie in ihrer Berichterstattung über den Streik den Staat als souverän und fähig dar – eine Voraussetzung, dass sich Jordanien entwickelt –, doch die Notwendigkeit, positive Entwicklungen zu betonen, gerät durch die Akutsituation des Streiks in den Hintergrund. Die Berichte über den Streik nehmen so viel Raum ein, dass sie Themen verdrängen, die die *Jordan Times* ansonsten priorisiert. Erfolgreiche Projekte der Regierung, Erfolgsgeschichten über einzelne Personen, die Situation verschiedener Wirtschaftssektoren, internationale Rankings oder die Berichterstattung über internationale NGOs und Organisationen werden weniger abgebildet als sonst (vgl. Kap. 4.1.2). Das Versprechen auf Entwicklung, das die *Jordan Times* ansonsten aufrechterhält, tritt zugunsten des Versprechens, die Leser*innen über das nationale Geschehen zu informieren, in den Hintergrund. Außerdem ist das Versprechen auf eine mögliche Demokratisierung Jordaniens präsent, wenn auch nicht explizit in den Artikeln, so doch implizit. Es wird verdeckt von der Sorge, dass der Staat instabiler werden könnte oder die jordanischen Schüler*innen aufgrund des verpassten Unterrichts international nicht mehr mithalten könnten. Diese Sorgen weisen jedoch wiederum auf das Versprechen auf Entwicklung.

5.1.2 Nahostkonflikt, zwei Fallbeispiele

Ich habe oben bereits dargestellt, dass der Nahostkonflikt für die nationale Identität Jordaniens von großer Bedeutung ist (vgl. Kap. 3.1) und in meiner Analyse der alltäglichen journalistischen Praxis festgestellt, dass das Thema Nahostkonflikt insgesamt ein sensibles ist (vgl. Kap. 4.1.2). Nun analysiere ich zwei Fälle im Detail, die mit dem Nahostkonflikt in Verbindung stehen und über die die *Jordan Times* ausführlich berichtete. Dabei diskutiere ich, welche Versprechen die journalistische Praxis der *Jordan Times* mit der Öffentlichkeit verknüpft, die sie in diesen beiden Fällen herstellt. Wie bereits im vorherigen Fallbeispiel gehe ich auch darauf ein, wo die Artikel

innerhalb der gedruckten Zeitung platziert wurden. Im ersten Fallbeispiel geht es um die Äußerung des damaligen israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu im September 2019, im Falle seiner Wiederwahl das Jordantal und das nördliche Tote Meer zu annektieren, im zweiten Fallbeispiel um die Festnahme einer Jordanierin und eines Jordaniers Ende August/Anfang September 2019 in Israel.

Am 10. September 2019, inmitten des israelischen Wahlkampfes, erklärte der damalige israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, im Falle seiner Wiederwahl das Jordantal und das nördliche Tote Meer zu annektieren. Daraufhin erschienen in der *Jordan Times* wochenlang Artikel, die Reaktionen verschiedener Regierungsentitäten und des Königshauses darstellten. In der Redaktion war die Empörung über die Äußerung insbesondere bei den palästinensisch-jordanischen Kolleg*innen groß. »Das kann er nicht machen,« sagten sie bestürzt. Aber auch beschwichtigend: »Das ist nur Wahlkampf, das wird eh nicht passieren.« Anders als bei der Berichterstattung über den Lehrer*innenstreik (vgl. Kap. 5.1.1), die ein eindeutiges Ende hatte, gehört die Äußerung Netanjahus zu einem fortwährenden diplomatischen Diskurs, den die *Jordan Times* intensiv abbildet (vgl. Kap. 4.1.2).

Am 11. September 2019 steht auf der unteren Hälfte der Titelseite der von der AFP übernommene Artikel »Netanyahu vows to annex West Bank's Jordan Valley if reelected« (11.09.2019). Daneben ist ein Artikel der *Jordan Times* zu lesen, der die erste Reaktion Jordaniens auf die Äußerung enthält. Der Artikel trägt den Titel »Jordan slams ›outrageous‹ remarks by Israeli PM on Jordan Valley« (11.09.2019). In dem Artikel wird der jordanische Außenminister Ayman Safadi mit Aussagen zitiert, die er während einer Notfall-Sitzung der Liga der Arabischen Staaten machte. Im Artikel heißt es:

Safadi noted that this is a »dangerous escalation that shatters the foundations of the peace process« and will lead to further violence and conflict in the region, according to a Foreign Ministry statement. The minister stressed the Kingdom's rejection of the announcement as an »outrageous« electoral tactic that breaches international law, kills the peace process and undermines the rights of the region's people to peace. Safadi called on the international community to fulfill its responsibility in condemning the Israeli announcement and abiding by international legislation and its decisions. (»Jordan slams ›outrageous‹ remarks by Israeli PM on Jordan Valley«, *The Jordan Times*, 11.09.2019)

Der Außenminister verurteilt die Äußerung Netanjahus, droht aber keine Konsequenzen an. Handlungsfähigkeit ist in diesem Artikel bei der internationalen Gemeinschaft verortet, nicht beim jordanischen Staat.

Am nächsten Tag, dem 12. September 2019, wird Netanjahus Äußerung auf der Titelseite oben rechts besprochen, »Razzaz says Israeli PM's annexation pledge ›real threat‹ to peace« (12.09.2019). Hier wird der damalige jordanische Premierminister

Omar Razzaz zitiert. Auch dieser Artikel verortet Handlungsfähigkeit bei der internationalen Gemeinschaft:

Prime Minister Omar Razzaz said that this announcement poses a »real threat« to the future of the peace process and will escalate regional conflict and violence, according to the Jordan News Agency, Petra. The premier noted that the international community has the responsibility of rejecting the announcement as a clear breach of international law and legislative decisions. (»Razzaz says Israeli PM's annexation pledge »real threat« to peace«, *The Jordan Times*, 12.09.2019)

Auf der unteren Hälfte der Titelseite steht ein Artikel der AFP über internationale Reaktionen mit dem Titel »Israeli PM faces criticism over annexation plan« (12.09.2019). Hier wird der Sprecher des jordanischen Repräsentantenhauses Atef Tarawneh mit einer Drohung zitiert, die klar macht, was auf dem Spiel steht:

Jordan's House Speaker Atef Tarawneh said Netanyahu's pledge could put the 1994 peace treaty between the two neighbours »at stake«. (»Israeli PM faces criticism over annexation plan«, AFP, *The Jordan Times*, 12.09.2019)

Es ist außergewöhnlich, dass sowohl von der *Jordan Times* produzierte Artikel als auch Artikel, die die *Jordan Times* von der AFP übernimmt, über das Geschehnis berichten. In diesem Fall erscheinen die Reaktionen Jordaniens zu Netanjahus Äußerung sowohl in den internationalen als auch in den lokalen Nachrichten.

In der Wochenendausgabe vom 13./14. September 2019 findet sich auf der oberen Hälfte der Titelseite ein Artikel über ein Treffen am Donnerstag von König Abdullah und Kronprinz Hussein mit dem stellvertretenden US-Außenminister für Angelegenheiten des Nahen Ostens David Schenker, der die Angelegenheit mit in den Titel nimmt: »King urges uniting int'l efforts to reject Israeli unilateral measures« (12.09.2019). Auf der unteren Hälfte der Titelseite findet sich außerdem ein Artikel explizit zum jordanischen Aufruf an die internationale Gemeinschaft, auf die Aussagen Netanjahus zu reagieren. Er trägt den Titel »FM⁵ lobbies UNSC members for »effective, rapid« action against Netanyahu pledge« (12.09.2019). Der Artikel beschreibt die Äußerungen des damaligen Außenministers Ayman Safadi bei einem Treffen mit Botschafter*innen der fünf festen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in Jordanien. Die ausführliche Berichterstattung über die verschiedenen Treffen verdeutlicht die Relevanz des Ereignisses und erwähnt dabei die verschiedenen Gremien, die einberufen werden, um auf die Äußerung Netanjahus zu reagieren. Die Artikel zeigen, dass der jordanische Staat *reagiert*, auch wenn sich daraus keine konkreten Konsequenzen oder Handlungen ergeben. Dass die Artikel die Handlungsfähigkeit bei der internationalen Gemeinschaft verorten, ist auch als Aufruf an die

5 Die *Jordan Times* nutzt hier die Abkürzung FM für »foreign minister«.

Leser*innen der *Jordan Times* zu verstehen. Diese arbeiten teilweise in eben diesen internationalen Organisationen, an die sich die jordanische Regierung wendet.

Am 16. September 2019 findet sich auf der Titelseite unten rechts der Artikel »Arab stance dispels ›delusion‹ that Palestinian cause can be glossed over – FM« (16.09.2019) mit dem Untertitel »Safadi denounces Netanyahu's pledge at OIC emergency meeting«. Darin geht es um Äußerungen des Außenministers Ayman Safadi bei einem Notfalltreffen mit den Außenminister*innen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit in Jeddah in Saudi-Arabien. Auch hier wird die Handlungsfähigkeit zwar bei der internationalen Gemeinschaft gesehen, allerdings nicht ausschließlich. Safadi setzt außerdem auf arabisch-islamische Zusammenarbeit:

It is essential to adopt practical steps to counter illegitimate Israeli policies and to support Palestinians, the top diplomat stressed, urging joint Arab-Islamic efforts at the Security Council and for the international community to push for a unified position that rejects Israel's announcement. The minister added that Jordan engages daily and exerts relentless efforts to protect the Islamic and Christian holy sites in Jerusalem. (»Arab stance dispels ›delusion‹ that Palestinian cause can be glossed over – FM«, *The Jordan Times*, 16.09.2019)

Der Minister nutzt die Rolle, die Jordanien mit seinem Wächteramt über die heiligen Stätten in Jerusalem spielt, um seinen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Auf der Zeitungsseite steht neben diesem Artikel eine Box mit einem weiteren kurzen Artikel »MPs will not hesitate to pressure reconsideration of peace treaty with Israel« (16.09.2019). Hier wird erneut die Aussage des Sprechers des jordanischen Unterhauses Atef Tarawneh zitiert, dass der Friedensvertrag mit Israel gefährdet sei.

Am selben Tag steht auf Seite 3 ein weiterer Artikel mit dem Titel »Senate president slams Israel plans to annex Jordan Valley« (15.09.2019). Hier wird sich auf das Palästina-Komitee des jordanischen Senats berufen und dessen Präsident Faisal Fayezi zitiert, der die Äußerungen Netanjahus erneut kritisiert, sich dabei auf die Position des Königs beruft und die internationale Gemeinschaft anspricht:

During a meeting of the Senate's Palestine Committee, Fayezi voiced the Upper House's utter rejection of these remarks, calling on the UN Security Council and international community to take swift action to confront the new aggressive stance, which would lead to more instability.

His Majesty King Abdullah's three noes: »No alternative homeland, no settlement and no meddling with the Hashemite Custodianship of Jerusalem«, are clear, he added, reiterating Jordan's support of Palestinians' legitimate rights to freedom and to an independent state on the pre-1967 borders with East Jerusalem as its capital, the Jordan News Agency, Petra reported. (»Senate president slams Israel plans to annex Jordan Valley«, *The Jordan Times*, 15.09.2019)

Die hier zitierten »drei Neins« des Königs beziehen sich auf drei Positionen, die der König ablehnt. Diese sind erstens Jordanien als das alternative Heimatland für Palästinenser*innen zu betrachten, zweitens die israelischen Siedlungen innerhalb der palästinensischen Gebiete als legal anzusehen, und drittens Jordanien die Verantwortung für die islamischen und christlichen Stätten in Jerusalem abzuspochen. Diese Punkte führt der Artikel jedoch nicht aus, sondern geht davon aus, dass sie den Leser*innen bekannt sind. Es geht bei der Berichterstattung ohnehin nicht um eine Analyse oder Einordnung der israelischen und jordanischen Politik oder der Beziehung zwischen den beiden Staaten, sondern vor allem darum, über die verschiedenen Treffen zu berichten und die Reaktionen verschiedener Personen wiederzugeben. So diskutiert kein einziger Artikel, wie und ob der israelische Premierminister tatsächlich umsetzen wird, was er angekündigt hat. Erstaunlich ist auch, dass kaum über die Reaktionen der Palästinensischen Autonomiebehörde berichtet wird, die die Äußerung Netanjahus unmittelbar betrifft. Augenscheinlich wird in diesem Fallbeispiel der große Druck, der auf der jordanischen Regierung und dem Königshaus lastet, immer wieder die jordanische Position in Bezug auf den Nahostkonflikt zu bestätigen.

Am 17. September 2019 wiederholt auch noch der Sprecher des jordanischen Außenministeriums Sufian Qudah in einem kleinen Artikel auf Seite 3 die jordanische Ablehnung der Äußerungen Netanjahus und fordert die internationale Gemeinschaft auf, einzugreifen. Da der Artikel so kurz ist, gebe ich ihn hier vollständig wieder:

The Foreign Ministry condemned Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu's statements regarding his intention to impose Israeli authority over the Galilee region and the Kiryat Arba settlement.

Foreign Ministry Spokesperson Sufian Qudah said such statements are an outrageous violation of international law and legislative decisions, according to a Foreign Ministry statement.

Qudah called on the international community and the UN Security Council to take measures that would prevent the implementation of the aforementioned announcement and ensure Israel abides by international law and relevant UN decisions.

He warned that such a move would destroy any chance for peace on the basis of a two-state solution and cause further violence in the region. (»Foreign Ministry slams Israel's annexation plans«, *The Jordan Times*, 16.09.2019).

Auch in diesem Artikel wird ein Drohszenario gezeichnet und in erster Linie die Position Jordaniens bekräftigt. Am 18. September 2019 findet sich oben auf der Titelseite ein großes Foto des Königs zusammen mit der damaligen deutschen Kanzlerin Angela Merkel mit der Überschrift »King says Israeli statement on annexing Jordan valley »a disaster« (18.09.2019). Der Artikel bezieht sich auf ein Treffen des Königs

mit der damaligen Kanzlerin Angela Merkel sowie ein Treffen mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Der Artikel behandelt verschiedene bei diesen Treffen diskutierte Themen, aber der Titel stellt das prominente Thema von Netanjahus Äußerungen heraus.

Elf Tage nach dem ersten Artikel zu der Äußerung Netanjahus werden die Artikel, die sich mit dem Nahostkonflikt beschäftigen, wieder allgemeiner. Sie nehmen nicht mehr direkt auf die Äußerung Netanjahus Bezug, auch wenn diese weiterhin als der Hintergrund der Artikel gesehen werden muss. Am 22. September 2019 titelt ein Artikel »Tarawneh pushes for ›unified Arab stance‹ against Israeli threats« (21.09.2019). Hier wird der oben bereits erwähnte Atef Tarawneh in seiner Funktion als Präsident der Arab Inter-Parliamentary Union (APU) zitiert. Er ruft zur Einheit der arabischen Länder in Bezug auf ›die palästinensische Sache‹ auf:

Considering the threats on the Palestinian issue, there must be a unified Arab stance, and a Palestinian reconciliation that can counter the Israeli threats, Tarawneh added in an APU statement, cited by the Jordan News Agency, Petra. While regional countries press and seek for peace as a way to end their crises, and restore peace and security for their peoples, the Israeli occupation is still committing severe crimes against Palestinians, Tarawneh said. (»Tarawneh pushes for ›unified Arab stance‹ against Israeli threats«, *The Jordan Times*, 21.09.2019)

Bemerkenswert ist, wie als Reaktion auf die Äußerungen Netanjahus verschiedene Zusammenhänge mobilisiert werden: der nationale jordanische Zusammenhang, der Zusammenhang der internationalen Gemeinschaft sowie islamische und arabische Zusammenhänge. Die *Jordan Times* bildet diese verschiedenen Mobilisierungen ab.

Auch am 23. September 2019 ist die obere Hälfte der Titelseite mit Artikeln über den Nahostkonflikt gefüllt. Links oben findet sich der Artikel »King reaffirms support for Palestinians in talks with Abbas« (23.09.2019). Der König trifft in New York den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas und bekräftigt ihm gegenüber die unveränderte jordanische Position:

King Abdullah said the two-state solution is the only way to end the Palestinian-Israeli conflict, leading to the establishment of an independent Palestinian state on the June 4, 1967 lines with East Jerusalem as its capital, living side by side with Israel in peace and security, according to a Royal Court statement. (»King reaffirms support for Palestinians in talks with Abbas«, *The Jordan Times*, 23.09.2019)

Der König bezieht sich hier auf die Zweistaatenlösung für den Nahostkonflikt, die seit Anfang der 90er diskutiert wird und deren Umsetzung genauso lange scheitert. Dies ist keine neue Position Jordaniens, aber eine, die immer wieder bestätigt werden muss. In der Redaktion scherzen die Journalist*innen darüber, dass der König zum Nahostkonflikt immer dasselbe mit fast denselben Formulierungen sagt.

Am 25. September 2019 steht auf der Titelseite groß der Artikel »Continued occupation of Palestinian territory a global moral tragedy – King« (25.09.2019). Es geht um eine Rede König Abdullahs bei der UN, in der er verschiedene Themen anspricht, doch wieder wird der Nahostkonflikt in die Überschrift genommen. Unten auf der Titelseite gibt es noch einen kleineren Artikel »Systematic Israeli policy to ›kill‹ two-state solution requires intensified Arab action« (25.09.2019). Der Titel bezieht sich auf Aussagen des damaligen jordanischen Außenministers Ayman Safadi. Dieser war zusammen mit dem König nach New York gereist und äußerte sich bei einem Koordinierungstreffen der Arabischen Liga. So heißt es in dem Artikel:

Safadi, during the Arab meeting, stressed the importance of translating the Arab consensus on the centrality of the Palestinian cause into a coordination action to combat all Israeli procedures that perpetuate occupation and undermine opportunities for the establishment of an independent Palestinian state. (»Systematic Israeli policy to ›kill‹ two-state solution requires intensified Arab action«, *The Jordan Times*, 25.09.2019)

Außerdem druckt die *Jordan Times* ein Interview ab, das König Abdullah dem US-amerikanischen Fernsehsender MNSBC gegeben hat und das den Titel »Israel's route towards apartheid future adds fuel to disruption in Middle East — King« (25.09.2019) trägt.

Die Berichterstattung der *Jordan Times* folgt ausschließlich den offiziellen Treffen und den Äußerungen der Politiker*innen und des Königs. Die Politik Jordanien in Bezug auf Israel wird nicht erläutert oder gar in Frage gestellt und diskutiert. Die Leser*innen der Zeitung lernen die mobilisierten Institutionen und offiziellen jordanischen Positionen kennen, die Analysen der politischen Entwicklungen und auch das Hintergrundwissen müssen sie anderen Quellen entnehmen.

Auch bei diesem Fallbeispiel ist es interessant, sich die Auslassungen anzuschauen. Nicht zu Wort kommen zivilgesellschaftliche Institutionen in Jordanien oder palästinensische Jordanier*innen, die Familie in den betreffenden Regionen haben. Es gibt keine Artikel zu innerjordanischen Diskursen, also zur öffentlichen Meinung. Bei der Berichterstattung ist insbesondere das Versprechen präsent, die Leser*innen zu informieren, sie folgt dabei jedoch ausschließlich einem diplomatischen Diskurs. Für diesen Diskurs bedeuten die Äußerungen Netanjahus eine diplomatische Krise, für die die jordanische Zivilgesellschaft wenig relevant ist. Die Berichterstattung der *Jordan Times* verteidigt dabei die Rolle, die Jordanien im Nahostkonflikt spielt und die für die nationale Identität des Landes zentral ist.

Bei meinem zweiten Fallbeispiel zum Nahostkonflikt zielte die Berichterstattung der *Jordan Times* weniger auf diplomatische Kreise ab und reagierte auf lokale zivilgesellschaftliche Proteste. Ich analysiere die Berichterstattung der *Jordan Times* nach der Festnahme eines Jordaniers und einer Jordanierin am 20. August und 2. September 2019 in Israel. Dass die beiden Festgenommenen palästinensisch-jor-

danisch sind, erwähnt die *Jordan Times* nicht. Beide hatten das von Israel besetzte Westjordanland besucht und waren mit dem Verdacht auf terroristische Aktivitäten von der israelischen Polizei festgenommen worden. Im Gegensatz zu der Äußerung Netanjahus und dem oben beschriebenen Lehrer*innenstreik (vgl. Kap. 5.1.1) berichteten internationale Medien über diesen Fall nicht. In der *Jordan Times* dagegen war das Thema der Festnahme von Hiba Abdul Baqi Labadi und Abdulrahman Adnan Abdullah Meri⁶ ab Ende September 2019 bis zu ihrer Freilassung Anfang November 2019 sehr präsent, nahm jedoch im Vergleich zu den zuvor besprochenen Fallbeispielen weniger Platz ein. Die erste Erwähnung der Festnahmen findet sich in der *Jordan Times* bereits am 11. September 2019. Der kurze Artikel titelt: »Jordan summons Israeli envoy⁷, demands release of Jordanian detainees« (11.09.2019). Der Artikel beginnt mit folgenden Worten:

The Foreign Ministry has summoned the Israeli ambassador to Jordan and called for the immediate release of two Jordanian citizens who were detained by Israeli authorities after crossing the King Hussein Bridge, Ministry Spokesperson Sufian Qudah said on Tuesday. Quoted in a Foreign Ministry statement, Qudah said that the ministry demanded it be informed with the charges facing Abdulrahman Meri and Hiba Abdulbaqi and updated throughout the course of the investigation. (»Jordan summons Israeli envoy, demands release of Jordanian detainees«, *The Jordan Times*, 11.09.2019)

Der Artikel informiert darüber, dass die jordanische Regierung von Israel Aufklärung über die Vorwürfe gegen die beiden Inhaftierten und deren Freilassung fordert. Erst am 25. September 2019 erscheint erneut ein Artikel zum Thema mit dem Titel »Foreign Ministry follows up on two Jordanians held in Israel« (25.09.2019). Der Artikel beginnt mit den Worten:

The Foreign Ministry is conducting »daily follow-ups« on the arrests of Jordanians Abdulrahman Mari and Hiba Abdul Baqi in Israel, Foreign Ministry Spokesperson Sufian Qudah said on Wednesday. (»Foreign Ministry follows up on two Jordanians held in Israel«, *The Jordan Times*, 25.09.2019)

Am 7. Oktober 2019 steht auf der Titelseite erneut ein kleiner Artikel mit dem zum ersterschienenen beinahe identischen Titel »Jordan summons Israeli envoy, demands of release of Jordanians« (06.10.2019). In dem Artikel heißt es:

6 Die *Jordan Times* kürzt beide Namen ab, ist dabei jedoch nicht konsistent. Die Zeitung schreibt meistens von Hiba Labadi, manchmal jedoch auch von Hiba oder Heba Abdul Baqi. Ich spreche im Fließtext von Hiba Labadi.

7 »Envoy« (dt. Gesandte*r) ist diplomatische Fachsprache und eine Amtsbezeichnung: ein*e hohe*r Mitarbeiter*in unterhalb des*der Botschafter*in.

The Foreign Ministry on Sunday summoned the Israeli Chargé d'Affaires in the Kingdom to protest against the continued detention of Jordanians Hiba Abdul Baqi and Abdulrahman Meri. (»Jordan summons Israeli envoy, demands of release of Jordanians«, *The Jordan Times*, 06.10.2019)

Waren alle bis jetzt erschienenen Artikel sehr kurz, holt der Artikel mit dem Titel »Detention of Labadi, Meri draws attention to the plight of prisoners in Israel« (16.10.2019) von Bahaa Al Deen Al Nawas am 16. Oktober 2019 etwas weiter aus. Der Artikel verbindet die Inhaftierung der beiden Personen mit dem Thema aller in Israel inhaftierten Jordanier*innen und gibt als erster Artikel genauere Informationen über Labadi und Meri:

There is currently a total of 22 Jordanians jailed in Israeli prisons, some of whom have received a life sentence and others who were sentenced to over 20 years, according to figures from the National Committee for Prisoners in Israel.

Jordanian detainees Heba Abdul Baqi Labadi and Abdulrahman Adnan Abdullah Meri have recently become the focus of public opinion and social media outlets, with the government and many organisations and institutions calling for their release.

»Heba and Abdulrahman underwent administrative detention, which means they were detained arbitrarily and investigated, without actual charges,« Fadi Farah, the committee's spokesperson, told *The Jordan Times* on Tuesday.

»Abdulrahman [Meri] suffers from cancer, and he needs special medical care, even if they finish their treatment sessions,« Farah said over the phone.

Meri, consequently, developed a skin problem and lost his hair. He was then sentenced to a four-month detention, the spokesperson said. (»Detention of Labadi, Meri draws attention to the plight of prisoners in Israel«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 16.10.2019)

Die Jordanier*innen in israelischen Gefängnissen sind höchstwahrscheinlich alle palästinensische Jordanier*innen, die *Jordan Times* macht diese Unterscheidung jedoch nicht. Meri ist wegen seiner Krebserkrankung in einem schlechten gesundheitlichen Zustand und auch Labadi ist in schlechter gesundheitlicher Verfassung und befindet sich im Hungerstreik:

Labadi remained under investigation for 35 days, during which she received many threats and horrible treatment that caused her to lose 10 kilogrammes, according to Farah.

»Now, she is in her 22nd day of a hunger strike, which she started right after receiving the news that she will be placed in administrative detention for five months,« Farah said. (»Detention of Labadi, Meri draws attention to the plight of prisoners in Israel«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 16.10.2019)

Der Stil des Artikels ist nicht so formal wie üblich (vgl. Kap. 4.1.1), was man daran sieht, dass der Artikel eine ungenaue Aussage (»many threats«) und ein wertendes Adjektiv (»horrible«) enthält, das nicht als direktes Zitat markiert ist. Dass die *Jordan Times* so ausführlich berichtet, ist eine Reaktion auf lokales zivilgesellschaftliches Engagement. So erwähnt der Artikel auch eine geplante Sitzblockade:

On Wednesday, youth and political party activists will stage a sit-in in support of Labadi and Meri as well as all Jordanian and Palestinian detainees in Israeli prisons, which will be held in front of the International Committee of the Red Cross at 5:30pm, according to the Facebook event page and the organisers. (»Detention of Labadi, Meri draws attention to the plight of prisoners in Israel«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 16.10.2019)

Anders als beim Lehrer*innenstreik (vgl. Kap. 5.1.1) werden hier Ort und Zeit der Sitzblockade genannt. Der Unterschied zwischen den beiden Sitzblockaden ist, dass sich die Kritik in diesem Fall nicht gegen den jordanischen Staat, sondern gegen Israel richtet, und einen Appell an die internationale Gemeinschaft darstellt. Nur in Bezug auf die geplante Sitzblockade werden in Israel inhaftierte Palästinenser*innen in einem Atemzug mit in Israel inhaftierten Jordanier*innen genannt, ansonsten ist die *Jordan Times* bemüht, das Thema als eines darzustellen, das ausschließlich die Beziehungen zwischen Jordanien und Israel betrifft und nichts mit den israelisch-palästinensischen oder jordanisch-palästinensischen Beziehungen zu tun hat. Dies hängt damit zusammen, dass die *Jordan Times* in ihren Artikeln generell den Kontext kaum schildert, aber auch damit, dass hier palästinensische Jordanier*innen als Jordanier*innen dargestellt werden, um die sich der Staat genauso wie um alle jordanischen Staatsbürger*innen bemüht. Indem die Artikel diesen Fall auf diese Weise einem internationalen Publikum zugänglich machen, wenden sie sich implizit auch gegen die Diskriminierung von Palästinenser*innen in Jordanien.

Im Redaktionsalltag fällt mir auf, dass meine palästinensisch-jordanischen Kolleg*innen, anders als meine jordanischen Kolleg*innen, den Fall intensiv verfolgen. Wenn ich mich mit ihnen über die beiden Inhaftierten unterhalte, dann äußern sie ihre Wut, dass Meri und Labadi weiterhin festgehalten werden und erzählen mir von den lokalen zivilgesellschaftlichen Protesten und der großen Aufmerksamkeit, die der Fall in den sozialen Medien bekäme.

Am 24. Oktober 2019 gibt es wieder einen Artikel zu den in Israel Inhaftierten. Er trägt den Titel »Jordanian detainee in Israel Abdul Baqi in stable condition« (24.10.2019) und informiert darüber, dass sich Labadis Gesundheitszustand (Hiba Abdul Baqi Labadi wird hier Abdul Baqi genannt) wieder stabilisiert habe, nachdem sie ins Krankenhaus hatte eingeliefert werden müssen. Ansonsten gibt es keine neuen Entwicklungen. Der Artikel wiederholt, dass sich die jordanische Regierung um die Freilassung der beiden bemüht:

The ministry's spokesperson reiterated continued efforts by the ministry to ensure the release of Abdul Baqi and Abdulrahman Meri. (»Jordanian detainee in Israel Abdul Baqi in stable condition«, *The Jordan Times*, 24.10.2019)

Am 29. Oktober 2019 erscheint ein etwas ausführlicherer Artikel von Bahaa Al Deen Al Nawas auf Seite 3 mit dem Titel »Labadi, Meri health deteriorates as activists rally« (29.10.2019). Der Artikel beschreibt den sich verschlechternden gesundheitlichen Zustand der beiden Inhaftierten, von denen die eine sich weiterhin im Hungerstreik befindet und der andere unter seiner Krebserkrankung leidet. Die *Jordan Times* berichtet bei diesem Fallbeispiel nicht nur in einem weniger formalen Stil, sondern auch mit einem weniger rigiden Narrativ. So wie sich in der journalistischen Praxis noch keine einheitliche Form für die Abkürzung der Namen der Inhaftierten etabliert hat, unterscheiden sich auch die angegebenen Daten. So heißt es in diesem Artikel:

Upon learning of her six-month detention, Labadi went on a hunger strike to protest against the ruling. (»Labadi, Meri health deteriorates as activists rally«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 29.10.2019)

In einem der Artikel zuvor hieß es jedoch:

»Now, she is in her 22nd day of a hunger strike, which she started right after receiving the news that she will be placed in administrative detention for five months,« Farah said. (»Detention of Labadi, Meri draws attention to plight of prisoners in Israel«, Bahaa Al Deen Al Nawas, *The Jordan Times*, 16.10.2019)

Zwei Tage später, am 31. Oktober 2019, erscheint ein Artikel zu dem Thema der Inhaftierten von Rana Hussein mit dem Titel »Activists up in arms over Jordanians detained in Israel« (31.10.2019). Der Artikel legt dar, dass der jordanische Botschafter in Israel zu Gesprächen nach Amman gerufen wurde. Der Artikel erwähnt außerdem eine Online-Kampagne, die die Freilassung aller in Israel Inhaftierten fordert:

Meanwhile, a popular movement that was initiated by organisations and activists in recent days to call on the government to pressure Israel to release the two detainees launched a social media campaign late on Tuesday night.

One of the members and organisers of the social media campaign, Hania Barqawi, said: »We decided to launch an electronic campaign to pressure our government to take serious action to ensure that its citizens are protected and to take the necessary measures to secure the release of Labadi, Meri and all Jordanian detainees in the occupation's detentions.« (»Activists up in arms over Jordanians detained in Israel«, *The Jordan Times*, 31.10.2019)

Das Thema nimmt in der Folge an Fahrt auf. In der Wochenendausgabe vom 1./2. November 2019 steht der Artikel »»Labadi to be transferred to health centre for tre-

atment«⁸ (31.10.2019), der beschreibt, dass nach Forderungen des jordanischen Außenministeriums die inhaftierte Person Hiba Labadi, die sich im Hungerstreik befindet, vom Gefängnis in ein Gesundheitszentrum verlegt wurde. Mit dem schlechter werdenden Gesundheitszustand der Inhaftierten nehmen auch die Proteste seitens der jordanischen Bevölkerung zu. Am 3. November 2019, findet sich auf Seite 3 ein weiterer Artikel von Rana Hussein mit dem Titel »Activists schedule Sunday protest calling for Labadi, Meri release« (02.11.2019), der einen Protest ankündigt, der an dem Tag stattfinden soll, an dem die Zeitung erscheint und erneut Ort und Zeit der geplanten Demonstration nennt:

Jordanian activists on Saturday said they plan to hold a protest in front of the Prime Ministry on Sunday evening to urge the government to secure the release of two Jordanians who have been detained in Israeli prisons for over a month.

»We called for a national protest at 6pm in front of the Prime Ministry on Sunday to urge the government to take more concrete steps to secure the release of Hiba Labadi and Abdulrahman Meri,« said Shireen Nafi, a member of the popular movement for the release of the two detainees.

»We appreciate the steps the government has taken, but we believe more could be done on government's side to exert more pressure on Israel,« she added. (»Activists schedule Sunday protest calling for Labadi, Meri release«, Rana Hussein, *The Jordan Times*, 02.11.2019)

Der Artikel enthält verschiedene zivilgesellschaftliche Stimmen, zitiert etwa eine Stellungnahme des National Centre for Human Rights (NCHR) und den Vater der inhaftierten Hiba Labadi, wiederholt aber auch die Bemühungen der jordanischen Regierung. Interessanterweise kann die *Jordan Times* bei diesem Fallbeispiel die zunehmende Kritik an der jordanischen Regierung eher darstellen als bei meinen anderen Fallbeispielen. Gleichzeitig wird, ganz anders als im vorigen Fallbeispiel, Handlungsfähigkeit bei den jordanischen Autoritäten verortet, die auf die Inhaftierung reagieren sollen und können.

Über die Demonstration von Sonntag berichtet die *Jordan Times* sogar im Nachhinein. Am 4. November 2019 findet sich auf Seite 3 rechts oben groß der Artikel mit dem Titel »Hundreds rally in Amman for release of Labadi, Meri« (04.11.2019), erneut von Rana Hussein. Es ist der erste Artikel zu diesem Thema, der mit einem Foto veröffentlicht wird. Dieses hat die Autorin des Artikels selbst aufgenommen, es zeigt eine protestierende Menschenmenge – darunter auch viele Frauen –, die Fotos der Inhaftierten hochhält. Der Artikel beginnt mit folgenden Worten:

8 Der Titel des Artikels steht hier in einfachen Anführungszeichen, um deutlich zu machen, dass sich die Aussage auf ein Zitat bezieht.

Around 400 Jordanian activists on Sunday evening staged a sit-in in front of the Prime Ministry to demand the release of two Jordanians held under Israeli administrative detention for over a month.

The protesters, coming from all parts of the Kingdom, carried banners calling on the government to exert its »utmost« efforts to secure the release of Hiba Labadi and Abdulrahman Meri, and all other Jordanians detained in Israeli prisons. (»Hundreds rally in Amman for release of Labadi, Meri«, Rana Hussein, *The Jordan Times*, 04.11.2019)

Und tatsächlich kündigt Israel noch am selben Tag an, Labadi und Meri freizulassen. Der Artikel »Family relieved, activists jubilant over imminent release of Labadi, Meri« (04.11.2019) von Rana Hussein, der am 5. November 2019 in der gedruckten Zeitung erscheint, stellt die Freude der Familien der Freigelassenen und der Aktivist*innen über diese Nachricht ins Zentrum.

Am 6. November 2019 kehren Labadi und Meri nach Jordanien zurück. Auf der Titelseite erscheint am Tag danach der Artikel mit dem Titel »Labadi, Meri arrive in Kingdom after release from Israeli detention« (06.11.2019), der die neuesten Geschehnisse beschreibt und die vergangenen Entwicklungen zusammenfasst. Dieser Artikel wird mit zwei Fotos, einem von Hiba Labadi und einem von Abdulrahman Meri, veröffentlicht. Die Freilassung der beiden Inhaftierten stellt der Artikel als Erfolg des Königs und der jordanischen Regierung dar, nicht als Erfolg zivilgesellschaftlichen Engagements. So heißt es in dem Artikel:

In a tweet on Monday, Prime Minister Omar Razzaz said that relentless efforts by His Majesty King Abdullah and the government were behind their return.

The Foreign Ministry had called for the release of Labadi and Meri who were put under administrative detention by Israeli forces, which is a breach of international law.

Following His Majesty's directives to take all necessary measures to release the two detainees, the ministry had made continuous efforts and intensive calls via diplomatic and political channels to urge Israel to release the detained Jordanians, whose health conditions have deteriorated since the beginning of their administrative detention. (»Labadi, Meri arrive in Kingdom after release from Israeli detention«, *The Jordan Times*, 06.11.2019)

Zusätzlich findet sich auf Seite 3 der Artikel »Jordanians hail Royal directives, gov't efforts for detainees' release« (07.11.2019) von Rana Hussein. Er greift die Äußerungen eines Ministers und der Präsidentin der NGO Tamkeen for Legal Aid and Human Rights auf, welche die Anordnungen des Königs und die Bemühungen der Regierung für ihr Vorgehen preisen und ihre Dankbarkeit ausdrücken. Diese beiden Stimmen werden als Haltung aller Jordanier*innen verallgemeinert. Im Artikel heißt es:

Jordanians on Wednesday expressed their pride in His Majesty King Abdullah's Royal directives and the government's efforts for their role in securing the release and return of Jordanian detainees Hiba Labadi and Abdulrahman Meri from Israeli administrative detention.

Labadi and Meri entered the Kingdom from the King Hussein Border Crossing at around noon and were received by their families, the press and dozens of supporters.

The Foreign Ministry had called for the release of Labadi and Meri, who were put under administrative detention by Israeli forces, which is a breach of international law.

MP Khalil Atiyeh thanked His Majesty King Abdullah, the Jordanian Foreign Ministry, Arab and Jordanian MPs and the security agencies that »worked tirelessly to secure their release«.

»We congratulate ourselves for this great achievement, which showed that Jordanians and Palestinians will win in the end,« Atiyeh tweeted.

President of Tamkeen for Legal Aid and Human Rights Linda Kalash said that this was »an excellent step« by the government, which »worked tirelessly« to secure the release of its citizens.

»What the Israelis did was unacceptable and against all human rights and international conventions, and resulted in Labadi staging a hunger strike that ended with her release,« Kalash told *The Jordan Times*. (»Jordanians hail Royal directives, gov't efforts for detainees' release«, Rana Hussein, *The Jordan Times*, 07.11.2019)

Am Ende ist es also eine Erfolgsgeschichte für die jordanische Regierung, auch wenn oder gerade weil lokale zivilgesellschaftliche Proteste sie zuvor intensiv kritisiert hatten. Neben dem Versprechen, die Leser*innen zu informieren, wird hier auch das Versprechen der Öffentlichkeit eingelöst, eine Kontrollinstanz gegenüber den Regierenden zu sein. Auch die *Jordan Times* übt auf die Regierenden Druck aus, indem sie über den Fall berichtet.

Anders als bei dem Fallbeispiel zuvor berühren die Geschehnisse die offizielle Haltung Jordaniens zum Nahostkonflikt nicht, sie muss deswegen auch nicht wiederholt werden. Die Geschehnisse stellen außerdem auch die Stabilität des jordanischen Staats nicht in Frage. Es ist ungewöhnlich, dass die Artikel der *Jordan Times* dem zivilgesellschaftlichen Protest so viel Raum geben, Kritik an der Regierung deutlich äußern und die Form hier weniger strikt ist als sonst. Ich sehe den Grund für die ungewöhnliche Berichterstattung darin, dass es außer der Berichterstattung der *Jordan Times* über diesen Fall kaum bis gar keine englischsprachige Berichterstattung gibt und dass dies das Kuratieren der *Jordan Times* weniger notwendig macht und einen weniger formalen Stil erlaubt. Es ist in diesem Fall eine Leistung der Zeitung, das Geschehen einem breiteren Publikum zugänglich zu

machen, sodass beispielsweise auch internationale NGOs auf den Fall aufmerksam werden könnten.

5.1.3 Zwischenfazit: Un/vereinbarkeit

Wie ich anhand der Fallbeispiele gezeigt habe, spielen verschiedene Versprechen für die Öffentlichkeit, die die journalistische Praxis der *Jordan Times* herstellt, gleichzeitig eine Rolle. Die von der *Jordan Times* hergestellte Öffentlichkeit enthält in erster Linie ein Versprechen auf politische Teilhabe, das den Leser*innen gilt. Es steht in allen meinen Fallbeispielen an erster Stelle. Indem die Leser*innen der *Jordan Times* über lokale politische Entwicklungen informiert werden, können sie an lokalen Diskursen teilhaben. Gleichzeitig, so habe ich argumentiert, ist das Versprechen der *Jordan Times*, den Staat zu schützen, indem sie auf Seiten des Staates berichtet. Dieses Versprechen ist Voraussetzung für journalistisches Arbeiten in Jordanien überhaupt. Die spezifische Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, schützt den jordanischen Staat vor den internationalen Leser*innen, bzw. vor den Öffentlichkeiten, die sie mobilisieren können. In Interviews betonten die Journalist*innen vor allem das Versprechen, die Leser*innen zu informieren. Das Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen, ist jedoch in dem explizit vertretenen Wert, *ausgewogen* zu berichten, enthalten.

Die beiden Versprechen – die Leser*innen zu informieren und den jordanischen Staat zu schützen – kann die journalistische Praxis oft nicht gleichzeitig erfüllen, woraus sich ein Spannungsverhältnis ergibt. Um die Versprechen trotzdem gleichzeitig aufrechtzuerhalten, nutzt die journalistische Praxis Auslassungen und eine rigide Form, die sich vor allem an offizielle Positionen der jordanischen Autoritäten hält. Die Journalist*innen müssen jedoch abwägen, wann die Auslassungen die Glaubwürdigkeit der Zeitung gefährden. Das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, ist Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Zeitung. Daran hängt auch eine mögliche Einflussnahme, dass nämlich die Öffentlichkeit der *Jordan Times* die privilegierten Leser*innen in eine gewünschte Richtung beeinflussen und auf diese Weise den Staat schützen kann. Beim ersten Fallbeispiel etwa sollten die Leser*innen keine Sympathien für die streikenden Lehrer*innen entwickeln, sondern die Bemühungen der Regierung anerkennen, dass die Schüler*innen schnell wieder unterrichtet werden.

Es ist dabei das Versprechen auf Entwicklung, das dem Versprechen, die Leser*innen zu informieren, Grenzen setzt und das Versprechen, den Staat zu schützen, gestaltet: Leser*innen sollen auf eine Weise informiert werden, die einen hegemonialen Entwicklungsdiskurs, der vor allem wirtschaftliches Wachstum betont, nicht in Frage stellt. Ich sehe das Versprechen auf Entwicklung als Default-Zustand der Berichterstattung der *Jordan Times* (vgl. Kap. 4.3). Die Zeitung ist in diesem Default-Zustand mit daran beteiligt, darzustellen, dass sich Jordanien entwickelt, et-

wa durch die positive Darstellung der Bemühungen der Regierung, durch Berichte über Rankings, in denen Jordaniens Wirtschaftsfreundlichkeit geprüft wird, oder durch Artikel über die Arbeit der NGOs im Land (vgl. Kap. 4.1.2). Darüber hinaus erinnert die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, auch an weitere Versprechen, die mit Entwicklung verbunden werden, wie gesellschaftlicher Fortschritt, Demokratisierung oder eine verbesserte Menschenrechtssituation, auch wenn diese nicht direkt verhandelt werden.

Je größer das Interesse der internationalen Öffentlichkeit oder der machtvollen Öffentlichkeiten, die die Leser*innen mobilisieren können, desto rigider ist die Berichterstattung. Ein größeres Interesse der internationalen Öffentlichkeit zieht ein stärkeres Kuratieren der *Jordan Times* nach sich. So ist die Form der Berichterstattung beim Fallbeispiel der in Jordanien Inhaftierten weniger rigide als beim Fallbeispiel der Äußerungen Netanjahus oder beim Lehrer*innenstreik. Das Interesse der internationalen Öffentlichkeit ist dann besonders groß, wenn aktuelle Geschehnisse Jordanien als stabilen Staat in Frage stellen und damit das Versprechen auf Entwicklung gefährden. So stand sowohl bei dem Lehrer*innenstreik als auch bei den Äußerungen Netanjahus eine mögliche Destabilisierung des Staates zur Debatte. Letzteres stellte den jordanischen Staat in Frage, weil die Beziehung zu den palästinensischen Gebieten seit der Gründung Jordaniens für den Staat zentral ist und es weiterhin eine Herausforderung ist, die palästinensischen Jordanier*innen im Land zu integrieren (vgl. Kap. 3.1.1 und 3.1.2). Für die journalistische Praxis bedeutet das: Die Redakteur*innen der *Jordan Times*, insbesondere der Chefredakteur und der stellvertretende Chefredakteur, sind darin geschult, die internationale Öffentlichkeit einzuschätzen. Sie wissen, welche Entwicklungen bei der internationalen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit generieren, sodass sie Artikel auf eine bestimmte Weise redigieren. Dabei können sie sich an der internationalen Nachrichtenorganisation AFP, die die *Jordan Times* bezieht, orientieren.

Die journalistische Praxis der *Jordan Times* navigiert mit ihren Versprechen die Ansprüche des jordanischen Staats, auf dessen Seite sie sich verortet und dessen offizielle Positionen sie prominent abbildet, die Ansprüche der Leser*innenschaft, gegenüber der sie ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren darf, und die Ansprüche der jordanischen Zivilgesellschaft, die die Zeitung vermeintlich authentisch abbildet. Dabei hat die Zeitung bei letzterem am meisten Spielraum, wie wir bei den Artikeln zur öffentlichen Meinung im Falle des Lehrer*innenstreiks und der in Jordanien Inhaftierten gesehen haben. An den drei Fallbeispielen zeigt sich, dass die journalistische Praxis diese Ansprüche unterschiedlich priorisiert, je nachdem, auf welche Weise die internationale Öffentlichkeit involviert ist. So kann das Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen, sehr präsent sein (wie beim Lehrer*innenstreik) oder in den Hintergrund rücken (wie bei den in Israel Inhaftierten). Das Versprechen auf Entwicklung ist in der Berichterstattung der *Jordan Times* immer vorhanden, jedoch nicht immer auf dieselbe Weise präsent. Es tritt durch Geschehnisse

wie den Lehrer*innenstreik, die Äußerungen Netanjahus oder die Festnahme der Jordanier*innen vor anderen Versprechen zurück.

Ich argumentiere, dass die Leser*innenschaft im Default-Zustand sowie in meinen Fallbeispielen auf verschiedene Weisen imaginiert wird. Für den Default-Zustand besteht sie in erster Linie aus Expats, die durch ihre Arbeit bei den Botschaften und den NGOs in das lokale Leben eingebunden sind, die zu weiterer Zusammenarbeit ermutigt werden sollen und sich vor Ort zurechtfinden müssen. Beim Lehrer*innenstreik ist es eine privilegierte Elite, an der weitere machtvolle Öffentlichkeiten hängen, vor denen der durch den Streik geschwächte jordanische Staat geschützt werden muss. Im Fall der Äußerung Netanjahus sind die Leser*innen die internationale Gemeinschaft, mit der man sich auf bestimmte Vereinbarungen geeinigt hat, und die diplomatischen Kreise, auf deren machtvolle Öffentlichkeiten man angewiesen ist. Im Fall der Festnahme der Jordanierin und des Jordaniers sind sie Teil einer größer gedachten Zivilgesellschaft, die sich an Protesten beteiligen kann. Ihre Öffentlichkeiten spielen in diesem Zusammenhang eine weniger große Rolle und werden damit auch nicht als bedrohlich wahrgenommen. Die Versprechen reagieren also auf unterschiedliche politische Identitäten und sind mit daran beteiligt, diese herzustellen.

Ich möchte hier auf das Versprechen auf politische Teilhabe zurückkommen. Politische Teilhabe muss nicht notwendigerweise demokratisch sein. Man kann auch an undemokratischer Politik teilhaben, gerade indem man das Versprechen auf Demokratisierung aufrechterhält. Dies ist eine Seite der Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt: Sie schützt einen autoritären Staat. Auf der anderen Seite ist sie eine Zeitung, die internationale Menschen in Jordanien informiert und, wenn es die politischen Gegebenheiten erlauben, auch mehr am Geschehen teilhaben lässt. Es ist ein Kippbild – zwei Seiten, die sich nicht verbinden lassen. Zwischen diesen beiden unvereinbaren Seiten steht der Anspruch auf Universalität, auf den ich am Ende dieses Kapitels (vgl. Kap. 5.4) zurückkommen werde.

5.2 Säkulare Berichterstattung

Ich werde in diesem Kapitel auf die Frage eingehen, ob sich die *Jordan Times* als ein säkulares Blatt bezeichnen lässt, und untersuchen, welche Position Religion in ihrer Berichterstattung einnimmt. Die Frage ist insbesondere deswegen interessant, weil zum westlich-dominanten Begriff der Öffentlichkeit die Vorstellung eines konflikthaften Verhältnisses zwischen Öffentlichkeit und Religion gehört (vgl. Kap. 2.3.1). Ich werde zunächst diskutieren, wie eine postkoloniale Perspektive auf Säkularismus aussieht und dann meinen Blick auf die journalistische Praxis der *Jordan Times* und die Selbstbeschreibung ihrer Journalist*innen richten. Ich stelle auch die Po-

sitionen von Journalist*innen der arabischsprachigen Tageszeitungen dar, um die Position der *Jordan Times* davon abzugrenzen.

In den dominanten Debatten wird insbesondere seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 Religion häufig auf die Diskussion um einen radikalen Islam verengt und im Kontext von Terrorismus problematisiert (Meyer/Moors 2006: 5). Auch Säkularismus wird häufig in diesem Kontext diskutiert. Säkularismus als politische Doktrin, welche die Trennung von Staat und religiösen Institutionen zum Ziel hat, kann ganz unterschiedlich aussehen. Der Anthropologe Talal Asad spricht davon, dass Säkularismus eine Art und Weise ist, Religion an sich zu bestimmen und zu organisieren (Asad 1993, 2003). Es gibt nicht *den* säkularen Staat. Die Anthropologin Nadej Al-Ali schlägt vor, säkular und religiös nicht als dichotome, abgeschlossene Kategorien zu betrachten:

Rather than imagining bounded categories, it might be more productive to conceive of secular and religious positions and attitudes in terms of a continuum. The very dichotomy of religious versus secular seems rather counterproductive as it only feeds into Islamist conceptualizations of secularists ›being against religion‹. (Al-Ali 2000: 147)

Auch die westlichen Länder setzen Säkularismus unterschiedlich um. Eine strenge Trennung kann in keinem einzigen Land gefunden werden (Al-Ali 2000: 132). Am Beispiel von Ägypten zeigt Al-Ali, dass Säkularismus mit der kolonialen und postkolonialen Erfahrung und der komplizierten Geschichte von Liberalismus und Modernisierung verknüpft ist. In den 1920er und 1930er Jahren sei Säkularismus in Ägypten eng mit dem Glauben an Fortschritt und Vernunft verbunden gewesen. Al-Ali beschreibt, dass Vertreter*innen eines radikalen Säkularismus dabei zu faschistischen Regimen aufschauten mit der Auffassung, dass nur Diktaturen Industrialisierung und radikalen Wandel ermöglichten (Al-Ali 2000: 138). Damit verunsichert sie die dominante Auffassung, die Säkularismus ausschließlich mit liberalen Demokratien zusammendenkt.

Für die postkolonialen Theoretikerinnen Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan sind die Konzepte Religion und Säkularismus wie auch die christliche Missionierungsarbeit zentral für die Entstehung moderner postkolonialer Nationen. Sie legen dar, dass die christliche Missionierungsarbeit in den Kolonien Säkularismus propagierte, um ungestört vom kolonialen Staat Menschen überzeugen zu können zu konvertieren:

Interessant hierbei ist, dass es eben christliche Missionare waren, die eine säkulare Strategie befürworteten und mithin für eine Trennung zwischen Kirche und Kolonialstaat plädierten [...]. Ziel war nicht, eine gesellschaftliche Säkularisierung herbeizuführen, vielmehr sollte gewährleistet werden, dass der missionarische Eifer und die Bemühungen, die Einheimischen zu konvertieren, nicht vom kolo-

nialen Staat erschwert oder gar torpediert würden. (Castro Varela/Dhawan 2020: 66–67)

Sie berufen sich dabei auf die Arbeit des Anthropologen Peter van der Veer, der den Ursprung des Säkularismus als politische Doktrin in der kolonialen Begegnung des Christentums mit den anderen Weltreligionen sieht (van der Veer 2001: 59f.). Säkularismus als politische Doktrin sei nicht von seiner christlichen Geschichte als »Kritik an der Kirche als einer intoleranten Institution und ihrer Praxis der Verfolgung von Atheisten, Atheistinnen und sogenannten Gottesläster/-innen« (Castro Varela/Dhawan 2020: 75) zu trennen. Gleichzeitig haben liberale Denker*innen mit dem Säkularismus Minderheiten gegenüber den religiösen Ansichten der Mehrheitsgesellschaft zu schützen versucht, nachdem Institutionen wie die Heilige Inquisition jahrhundertlang Menschen, die sich der katholischen Kirche nicht fügen wollten, verfolgt haben. Damit zeigen Castro Varela und Dhawan, dass der Säkularismus sowohl mit komplexen Unterdrückungsmechanismen als auch mit Versuchen der Emanzipation verbunden ist.

Auch die Theolog*innen Andreas Feldtkeller und Uta Zeuge-Buberl (2018) beschäftigen sich mit der Missionarsarbeit und Debatten über Säkularität. In ihrer Untersuchung des intellektuellen Austauschs zwischen US-amerikanischen Missionaren und Intellektuellen im Syrien des 19. Jahrhunderts betonen sie positive Aspekte. Sie berufen sich auf die Arbeit von Homi Bhabha (1994) und argumentieren, dieser Austausch habe »third spaces« (2018: 11) hervorgebracht. Damit meinen sie Räume, die jegliche Wissensordnung transzendierten und neues, transkulturelles Wissen hervorbrachten. Dafür waren nicht Institutionen, sondern der Einsatz von Individuen wie Butrus Al-Bustani sowie »oscillating ideas about secularity, neutrality or non-interference« (2018: 22) verantwortlich.

Die Soziolog*innen Marian Burchardt und Monika Wohlrab-Sahr (2011) stellen gegenwärtig in der Wissenschaft eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber den Machtwirkungen des Säkularismus fest, gegenüber seinem Eurozentrismus, seinem religionsfeindlichen Impuls und seiner Macht in Bezug auf die Erzeugung bestimmter modernitätskompatibler religiöser Subjekte. Dies sei einer Gouvernmentalitätsperspektive zu verdanken, die auf Foucault zurückgehe. Die Perspektive sei jedoch einseitig, wenn sie die mit Moderne und Säkularität verknüpften individuellen Autonomiegewinne herunterspiele. Analog zu dem Konzept multipler Modernen (Eisenstadt 2000) sprechen sie von multiplen Säkularitäten, um der globalen Vielfalt der säkularen Formationen (Asad 2003) gerecht zu werden. Wie das Konzept der multiplen Modernen droht auch das Konzept der multiplen säkularen Formationen Komplexität zu verschleiern, indem eine einzelne Formation zusammengefasst und gegen multiple andere abgegrenzt wird. Dennoch ist das Konzept für meine Arbeit hilfreich, weil sich mit ihm die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Formationen erfassen lässt.

In meinem Feld gibt es eine Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung. In Jordanien ist Säkularismus kein Wort, das gerne benutzt wird, da es zu meist mit einer anti-muslimischen Einstellung verbunden wird. So erzählte mir der freischaffende Journalist Osama Al Sharif bereits während meines explorativen Forschungsaufenthalts im Februar/März 2017:

In Jordan, those who propose, who defend secularism, try to avoid the use of the term secularism. Because, in the Arab mind, secularism is anti-religion. [...] Jordan has been for most of its existence a semi-civil state. In the sense, that religion is the main source of legislation in the constitution, but it is not the only one. Sharia is implemented in the areas of personal life like marriage, divorce, inheritance, alimony in case that they divorce. But when it comes to consuming alcohol for instance there is no imprisonment, there is no whipping, there is no beheading etc., this is not in the law. It is a civil law, a civil code. (Osama Al Sharif, Interview, 21.02.2017)

Obwohl nicht alle meine Gesprächspartner*innen die Zeitung als säkular bezeichnen, ist sie in dem eindeutig säkularen Genre des tagesaktuellen Journalismus angesiedelt. Ich betrachte es als Teil der säkularen Formation der *Jordan Times*, dass Säkularismus im lokalen Diskurs negative Konnotationen hat. Hier ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass für mein Feld Säkularismus nicht unbedingt nur mit westlichen Ländern in Verbindung gebracht wird, sondern möglicherweise auch die Erfahrungen mit Säkularismus in der Türkei, im Iran oder Indien als Abgrenzungsfolie dienen.

Allen Journalist*innen, mit denen ich Interviews führte, war das Wort Säkularismus geläufig, auch wenn sie sehr unterschiedliche Einstellungen zu ihm hatten. Ich gehe zuerst auf die Positionen innerhalb der Redaktion der *Jordan Times* ein und anschließend auf die Positionen weiterer Journalist*innen.

Die Frage, ob die *Jordan Times* ein säkulares Blatt ist, habe ich den drei Chefs der *Jordan Times*, also dem Chefredakteur, dem stellvertretenden Chefredakteur und dem Senior Editor, gestellt und sehr unterschiedliche Antworten erhalten. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung zu wiederholen, dass der Chefredakteur und der stellvertretende Chefredakteur muslimische Jordanier ohne palästinensische Wurzeln sind, der Senior Editor dagegen ein christlicher Inder.

Der Chefredakteur Mohammad Ghazal antwortete auf die Frage »Would you describe the paper as secular?« folgendermaßen:

It's more of a mainstream newspaper, I mean, I would say it is neither secular, neither conservative, we are reflecting all views that exist in Jordan. (Mohammad Ghazal, Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview, 01.10.2019)

Hier erscheint »säkular« als etwas, das »konservativ« gegenübergestellt werden kann, eine extreme Haltung, der eine andere extreme Haltung gegenübersteht,

wobei die *Jordan Times* eine Position der Mitte einnimmt. Auch der Hinweis auf die plurale Ausrichtung der Zeitung – die *Jordan Times* stelle alle Stimmen dar – ist dabei interessant. Der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari beantwortete die Frage etwas anders, aber auch er bezeichnete die Zeitung nicht als säkular:

I mean, secular, well, that is a big question. Because is Jordan secular? No. But is it a religious state? Still no. We [i.e., Jordan and The Jordan Times] are the same. Yes. We are the same. We are not secular, we are not religious. So, we just try to make this balance. But we are liberal. (Raed Omari, stellvertretender Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview, 04.09.2019)

Omari stellt also »säkular« und »religiös« einander gegenüber. Er sagt, die *Jordan Times* sei »liberal«, was eine Position der Mitte, der Balance, zu sein scheint, ähnlich wie Ghazal davon spricht, dass die *Jordan Times* eine *Mainstream-Zeitung* sei.

Der indische Senior Editor Rajive Cherian stellte mir gegenüber dagegen klar, dass das Blatt »natürlich« säkular sei. Als Argument führte er an, dass die *Jordan Times* etwa über Themen des interreligiösen Dialogs besonders ausführlich berichten würde:

Of course. We are very, very much secular. Jordan is playing a very important role in the interfaith dialogue. Not only playing, it is a living example. I mean we have Christians and Muslims living very peacefully and in harmony and we have many Christian holy sites here. We cover Muslim festivals and Christian festivals, the important events and everything. If something is happening at the Dead Sea Baptism Site, that kind of thing, we cover it, but not with a religious focus. But it is part of the society, social fabric. Christians and Muslims live peacefully, in harmony in Jordan. And always we used to give special attention to the Amman Message⁹. (Rajive Cherian, Senior Editor bei der *Jordan Times*, Interview, 12.09.2019)

Sowohl der stellvertretende Chefredakteur als auch der Senior Editor beziehen sich auf den jordanischen Staat, um festzustellen, ob die *Jordan Times* ein säkulares Blatt ist, und bestätigen damit, dass die *Jordan Times* staatsnah berichtet, kommen jedoch zu unterschiedlichen Schlüssen. Der Senior Editor hält die Zeitung für eindeutig säkular. Er scheint auch Jordanien für einen säkularen Staat zu halten und dies daran festzumachen, dass sich Jordanien für den interreligiösen Dialog einsetzt und Muslim*innen und Christ*innen harmonisch zusammenleben.

9 Die ›Botschaft aus Amman‹, wie sie im Deutschen heißt, ist eine öffentliche Stellungnahme, die 2004 von König Abdullah veranlasst und in der Folge von vielen hochrangigen islamischen Gelehrten umgesetzt wurde. Sie spricht sich gegen Extremismus und für Einheit und Toleranz unter den verschiedenen islamischen Schulen aus. Auch der offene Brief ›A Common Word Between Us and You‹, den islamische Gelehrte 2007 an führende Köpfe der christlichen Kirchen weltweit sandten, hatte seinen Ursprung in Jordanien (Markiewicz 2016).

Ich argumentiere, dass zwei unterschiedliche Diskurse zu Säkularität oder Säkularismus bei der *Jordan Times* aufeinandertreffen, ohne in der journalistischen Praxis jedoch in einen Konflikt zu geraten – ein lokaler jordanischer Diskurs, den der Chefredakteur und der stellvertretende Chefredakteur vertreten, und ein anderer Diskurs, den der Senior Editor vertritt. Im lokalen jordanischen Diskurs ist säkular eine Extremposition. Der stellvertretende Chefredakteur macht dabei klar, dass die *Jordan Times* liberal ist, auch wenn sie kein säkulares Blatt ist, was in einem westlichen Diskurs widersprüchlich wäre. In dem Diskurs, den der Senior Editor vertritt, ist säkular dagegen ein positiv konnotierter Begriff, der für ein harmonisches Zusammenleben der Glaubensgemeinschaften und für den interreligiösen Dialog steht.

Interessant ist, dass Religion im jordanischen Journalismus als Tabuthema gilt, wie mir verschiedene Redakteur*innen bestätigten (vgl. Kap. 4.1.4), und dennoch über religiöse Angelegenheiten berichtet wird. Der Senior Editor Rajive Cheriaan spricht oben davon, dass die *Jordan Times* säkular sei, da sie über religiöse Feste – islamische und christliche – berichtet, dabei aber nicht den religiösen Aspekt betone. Diese Praxis, über Religion zu berichten, lässt sich selbst als eine säkulare bezeichnen, da Religion einen abgetrennten Bereich zugesprochen bekommt.

Der Senior Editor begründet, warum er die Zeitung für säkular hält, insbesondere mit der ausführlichen Berichterstattung über den interreligiösen Dialog. In der Zeit meiner Feldforschung gab es viele Artikel, die dieses Thema erwähnten. So wurde etwa über den Besuch des Prinzen Hassan¹⁰ beim Papst berichtet, in dem die Gemeinsamkeit, für heilige Stätten verantwortlich zu sein, betont wird:

The meeting addressed methods of managing holy places in cities as spaces of shared values, not divisions, with Prince Hassan calling for »the enhancement of these sites' role as platforms of dialogue, consolidating the status of intellect and promoting shared humanitarian and moral values towards unity rather than division«, according to a statement from the prince's office. (»Prince Hassan meets Pope«, *The Jordan Times*, 04.10.2019).

Zu Weihnachten 2019 erschien auf der Titelseite ein Artikel mit dem Titel »King says safeguarding rights of Muslims, Christians in Jerusalem a Hashemite duty« (24.12.2019) und dem Untertitel »His Majesty receives church leaders in Jordan, Jerusalem«, in dem Jordaniens Rolle im interreligiösen Dialog gelobt sowie das Wächteramt über die heiligen Stätten in Jerusalem (vgl. Kap. 3.1.2) anerkannt wird. Hier ein Auszug aus dem Artikel:

10 Prinz Hassan ist Mitglied der jordanischen Königsfamilie und der Onkel des amtierenden Königs Abdullah II.

His Majesty King Abdullah on Monday received church leaders in Jordan and Jerusalem, and leading Jordanian Christian figures and representatives of Islamic and awqaf institutions¹¹ at Al Husseinia Palace.

Speaking at the meeting, the King expressed best wishes to Christians in Jordan, Palestine and the whole world on the occasion of the holiday season, stressing that Muslims and Christians in Jordan are one family working for the nation's progress and prosperity, according to a Royal Court statement. [...]

For their part, speakers at the meeting highlighted the importance of the Hashemite Custodianship of Islamic and Christian holy sites in Jerusalem, describing it as the legitimate, authentic custodianship that emanates from the Hashemite legacy rooted in religion and history, according to the statement. The speakers expressed appreciation for His Majesty's role in defending Islamic and Christian holy sites in Jerusalem, commending the King's efforts to promote interfaith harmony and coexistence.

(»King says safeguarding rights of Muslims, Christians in Jerusalem a Hashemite duty«, *The Jordan Times*, 24.12.2019)

Hier ist interessant, dass Jordaniens Rolle im interreligiösen Dialog mit der Legitimation des Wächteramts über die heiligen Stätten in Jerusalem verknüpft wird.

Während meiner Feldforschung stand weniger das Thema des interreligiösen Dialogs in der Berichterstattung der *Jordan Times* im Vordergrund, vielmehr fiel mir die Betonung von Jordaniens Antiterrorbemühungen auf. Mit Terror war ausschließlich islamistischer Terror gemeint. Nachrichten zu diesem Thema schienen mir eine hohe Priorität zu haben und zur positiven Entwicklung zu gehören, die die journalistische Praxis gerne betonte (vgl. Kap. 4.1.2). Zum Beispiel stand auf der Titelseite am 9. Oktober 2019 der Artikel mit dem Titel »Cooperation, Middle East peace top agenda as Safadi meets UN's DiCarlo« (09.10.2019) und der Unterüberschrift »Talks also cover Jordan's role in combating terror«. In dem Artikel heißt es:

For his part, Safadi reaffirmed that terrorism is a common enemy that Jordan will always fight in cooperation with the international community, underlying in this context the recent memorandum of understanding signed between Jordan and the United Nations Office of Counter-Terrorism. (»Cooperation, Middle East peace top agenda as Safadi meets UN's DiCarlo«, *The Jordan Times*, 09.10.2019)

Ein anderes Beispiel ist ein Artikel mit dem Titel »US commends Jordan's anti-terror efforts« (02.11.2019), der in der gedruckten Ausgabe am 3. November 2019 auf Seite 3. erscheint. Der Artikel beginnt mit den Worten:

11 So werden die Institutionen bezeichnet, um die sich die sogenannte Waqf-Behörde, eine jordanische islamische Stiftung, in Jerusalem kümmert.

The US Department of State has hailed Jordan as a »committed partner« in counterterrorism and countering violent extremism (CVE). In its Country Reports on Terrorism 2018, the Department of State commended Jordan's »leading role« in the global coalition to defeat the Daesh terror group. (»US commends Jordan's anti-terror efforts«, *The Jordan Times*, 02.11.2019)

Die USA loben Jordaniens Engagement bei der Terrorismusbekämpfung. Durch die sich zuspitzende Lage in der Region, durch den Krieg in Syrien und die Konflikte zwischen den USA und dem Iran kommt Jordanien eine wichtige Rolle zu.

Als ich die Journalist*innen der arabischsprachigen Tageszeitungen fragte, ob sie ihre Zeitung als säkular beschreiben würden, gingen sie – anders als die Chefs der *Jordan Times* – gar nicht erst auf den Begriff säkular ein. Stattdessen antworteten sie, dass Religion ein Tabuthema sei. Abdulkareem Al Wahsh, der Chef der Reporter bei *Al Rai*, antwortete auf meine Frage, ob er *Al Rai* als säkulare Zeitung beschreiben würde:

We cannot talk about this issue. You can say it is one of the taboos. You can talk about the opinions of the people who are religious in some cases, for some issues in the community. But you cannot talk about religious issues in public. You cannot. Because we are a tolerant society, but we cannot scratch the face off our society by openly talking about everything. (Abdulkareem Al Wahsh, Director of Reporters bei *Al Rai*, Interview, 22.10.2019)

Al Wahsh sagt, Jordanien sei zwar tolerant, aber die Zeitung müsse die jordanische Gesellschaft respektieren, indem sie bestimmte Tabus wahrte. Eine säkulare Position scheint hier keine legitime Möglichkeit zu sein. Auch Nur Addin Al Khamaisa, der Online-Chefredakteur von *Al Ghad*, argumentiert ähnlich:

We are talking about our culture here. We don't want to shock the community. So we write about the issues, we talk about religion, about every topic of human rights, but it depends on the topic itself. We don't want to shock the community as I told you. (Nur Addin Al Khamaisa, Website Managing Editor, *Al Ghad*, Interview, 02.11.2019)

Eine säkulare Zeitung zu sein, würde bedeuten, auf eine Weise über religiöse Themen zu berichten, die die jordanische Gesellschaft »schockieren« würde. Interessant ist, dass Al Khamaisa das Thema der Religion mit dem Thema der Menschenrechte zusammenbringt. Menschenrechtsthemen erhalten bei *Al Ghad* besondere Aufmerksamkeit. Nadeen Al Tamri, eine Redakteurin von *Al Ghad*, ist auf das Thema Menschenrechte spezialisiert. Sie betont, es komme auf die Art und Weise an, in der sie über bestimmte Themen, die Religion betreffen, schreibe: »Yes, you can find your way to write about religious topics, but, you know, you have to be careful.« (Nadeen Al Tamri, Senior Reporter bei *Al Ghad*, Interview, 05.11.2019).

Al Tamri gab mir verschiedene Beispiele von Themen, die Religion betreffen, über die sie berichtet hatte. Zum Beispiel hatte sie über Unterschiede im Sorgerecht für muslimische und nicht-muslimische Mütter nach einer Scheidung geschrieben. Fragen des Sorgerechts behandeln in Jordanien religiöse Gerichte. Bei diesen Themen komme es darauf an, Dinge so zu beschreiben, dass sie möglichst viele Menschen überzeugen. Das Sorgerecht habe muslimische Mütter privilegiert. Das betreffende Gesetz sei dann 2018 abgeschafft worden, was sie als Erfolg journalistischer Arbeit beschreibt:

I mean in the end I am a professional journalist, so when I do my story, I don't really think about negative feedback or people who might not like what I am writing. What we are trying to do as human rights journalists is to make our country a better country, to change the laws, to change some of the negative ideas in the society. What I usually do is I try to use the right words, when writing the articles. What you need to do is not to be controversial as much as you want to. You can write the same idea in a very controversial way, or you can write it in a way that the society might accept. So usually what I do is to use the words to make it more acceptable for all of society. (Nadeen Al Tamri, Senior Reporter bei *Al Ghad*, Interview, 05.11.2019)

Die jordanische Zivilgesellschaft soll durch den Journalismus beeinflusst werden, sodass Jordanien zu einem »besseren Land« wird. Anders als *Al Ghad* hat die *Jordan Times* nicht den Anspruch, die jordanische Zivilgesellschaft zu beeinflussen, da ihre Leser*innenschaft eine andere ist. Die *Jordan Times* berichtet nicht notwendigerweise über andere lokale Themen als die arabischsprachigen Zeitungen, hat jedoch eine andere Schwerpunktsetzung. Sie interveniert nicht in innerjordanische Diskurse, sondern macht lokale Themen einem internationalen Publikum zugänglich.

Die *Jordan Times* beschreibe ich als spezifische säkulare Formation, zu der gehört, dass unterschiedlich bewertet wird, ob sie eine säkulare Zeitung ist. Diese Bewertungen unterscheiden sich von denen der Journalist*innen der arabischsprachigen Tageszeitungen, auch indem der Chefredakteur und der stellvertretende Chefredakteur der *Jordan Times* eine säkulare Haltung als eine extreme, jedoch legitime Position darstellen. Die Zeitung möchte ein Produkt herstellen, das ihren internationalen Leser*innen vertraut ist (vgl. Kap. 4.2.1). Die Sensibilitäten der jordanischen Zivilgesellschaft sind nicht irrelevant für sie, auch wenn ihr Anliegen nicht ist, diese zu verändern. Die säkulare Formation der *Jordan Times* bedient sowohl einen säkularen Diskurs, der Terrorismusbekämpfung und interreligiösen Dialog für bedeutsam hält, als auch einen religiösen, dem insbesondere durch Auslassungen Respekt gezollt wird. Die journalistische Praxis kann mit dieser säkularen Formation sogar innerhalb der Redaktion unterschiedliche Diskurse gleichzeitig ermöglichen und schafft es, Reibung zwischen ihnen zu vermeiden. Die Zeitung stellt damit ei-

nen hegemonialen Entwicklungsdiskurs zufrieden, der Religion einen bestimmten Platz zuweist, der die Modernisierungsbemühungen des Staates nicht gefährdet.

Das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, und das Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen, die ich oben als zentrale Versprechen der von der *Jordan Times* hergestellten Öffentlichkeit analysiert habe (vgl. Kap. 5.1.3), spielen auch für die Frage eine Rolle, ob die *Jordan Times* eine säkulare Zeitung ist bzw. wie über Religion berichtet wird. Ich argumentiere, dass die journalistische Praxis der *Jordan Times* auf islamophobe Stereotype reagiert, die den Islam mit islamistischem Terror verknüpfen. Durch ihre Betonung des interreligiösen Dialogs sowie der Terrorismusbekämpfung wehrt sie diese Vorwürfe ab. Dies lässt sich als Phänomen des *self-Orientalism*, also als strategische Selbstidentifizierung mit dem orientalistischen Blick beschreiben (Dirlik 1996, Stiffler 2014). Die Zeitung reagiert auf mögliche islamophobe Stereotype ihrer Leser*innen. Gleichzeitig schützt sie den Staat: Die journalistische Praxis der *Jordan Times* stellt mit ihrer säkularen Formation die religiöse Autorität der Königsfamilie dar und legitimiert das jordanische Wächteramt über die religiösen Stätten in Jerusalem.

5.3 Geister anderer Zeiten

Mir fiel in Gesprächen mit Journalist*innen der *Jordan Times* auf, dass sie oft auf die Vergangenheit verwiesen, auf wirtschaftlich bessere und politisch interessantere Zeiten. Was bedeutet diese Bezugnahme auf vergangene Zeiten für die journalistische Praxis der *Jordan Times* und die Öffentlichkeit, die sie herstellt? Wie schauen die Journalist*innen der *Jordan Times* im Vergleich zu den Journalist*innen anderer Institutionen, die ich interviewt habe, auf die Zukunft?

Der Anthropologe Benedict Anderson beschreibt für den modernen Nationalismus eine bestimmte Form der Zeitlichkeit als charakteristisch: Die Nation lebe im modernen Nationalstaat in »homogeneous, empty time« (Anderson 2006: 24), wobei Anderson sich auf den Philosophen Walter Benjamin (1969) bezieht. Anderson beschreibt, dass materielle Voraussetzungen die anonymen Massen der modernen Nation formen, etwa durch die gemeinsame Erfahrung, täglich die Zeitung zu lesen mit dem fortlaufenden Datum oben auf der Titelseite. Auch die *Jordan Times* trägt dazu bei, diese Zeitlichkeit aufrechtzuerhalten. Ich argumentiere, dass diese Vorstellung von Zeit nicht die einzige ist, die in der journalistischen Praxis der *Jordan Times* präsent ist.

Die Journalist*innen der *Jordan Times* erzählten mir, was früher alles besser war. Niemand aus der Redaktion sprach davon, dass sich die *Jordan Times* früher politisch anders positioniert habe oder brachte eine politisch andere Ausrichtung mit ehemaligen Chefredakteur*innen in Verbindung. Oft brachten die Journalist*innen bessere Zeiten damit in Verbindung, dass die Zeitung früher mehr Mitarbeiter*in-

nen beschäftigte. Journalist*innen, die schon länger bei der *Jordan Times* arbeiteten, erwähnten insbesondere den Zeitraum der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre, in dem die Zeitung wirtschaftlich stark und die politischen Entwicklungen aufregend waren. Nachdem das jordanische Parlament 1989 nach über dreißig Jahren seine Arbeit wieder aufnehmen konnte, folgte eine Zeit der politischen Liberalisierung, die sie für das journalistische Arbeiten als aufregend beschrieben. Ein liberales Presse- und Publikationsgesetz ermöglichte die Neugründung vieler Zeitungen (vgl. Kap. 3.1.3). Als politisch aufregende Zeit beschrieben mir Journalist*innen außerdem den sogenannten Arabischen Frühling. In Jordanien fanden ab Anfang 2011 Demonstrationen statt, aus denen Reformen sowie die Absetzung des Premierministers resultierten (vgl. Kap. 3.1.2). In den Redaktionsräumen der *Jordan Times* hängt gerahmt die Titelseite der Zeitungsausgabe, die darstellt, dass König Abdullah als Reaktion auf den Arabischen Frühling Reformen eingeleitet hat. Es ist die einzige Zeitung, die im Büro gerahmt hängt. Stolz, so scheint mir, erinnert sie an das, was politisch einst möglich schien.

Insbesondere der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari erzählte mir oft von den 1990er Jahren. Damals habe es noch »Anreize« gegeben, Aufstiegschancen, mehr Gehalt, aber auch eine gefühlte politische Aufbruchstimmung. »Früher war das hier ein richtiger Newsroom«, sagte er häufig, während sein Blick wehmütig durch das fast leere Großraumbüro schweifte. Hier ein Auszug aus meinem Feldtagebuch:

Nach der Arbeit war ich mit Raed [Omari] essen. Er erzählte mir mal wieder von den guten alten Zeiten. In den 90ern gab es wohl achtzehn Zeitungen in der Straße, in der sich jetzt nur noch das Bürogebäude von Al Rai befindet. Es gab deswegen auch ein Café nur für Journalist*innen. Er wedelte mit den Händen und sagte: »There were editorial meetings here and there.« (Feldtagebuch, 07.08.2019)

Omari erinnert sich aber auch gerne an die Zeit des Arabischen Frühlings:

I think the best time was during the Arab Spring, from 2011 until, well, 2013. When mainstream media was still important. Back then there were a lot of things, a lot of events taking place, that we needed to cover. It was a hectic time, but we used to have interesting days and nights covering all these incidents and we used to have a very influential newspaper and a full newspaper and a colorful newspaper. And a newspaper giving voices to the liberal, the left, the conservatives, the Islamists, the whole political spectrum. So that was really interesting times. (Raed Omari, stellvertretender Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview, 04.09.2019)

Die vergangenen Zeiten scheinen in der journalistischen Praxis der *Jordan Times* nachzuwirken. Sie verleihen der journalistischen Praxis einen Sinn, der nicht allein aus der Gegenwart gezogen werden kann. Ich argumentiere, dass die Journalist*innen der *Jordan Times* mit ihrem Bezugnehmen auf die Vergangenheit

Entwicklungsversprechen lebendig halten, die momentan nicht eingelöst werden können. Das Verweisen auf vergangene Zeiten bewahrt das Versprechen auf einen politischen Wandel hin zu Demokratisierung, den die *Jordan Times* begleitet. Der Bezug auf vergangene Zeiten ermöglicht die Aussicht auf eine Zukunft, denn wenn es schon einmal so war, kann es auch wieder so werden.

Die wertvollste Währung der *Jordan Times* ist neben ihrer hohen journalistischen Qualität ihre Kontinuität. So beschreibt der Senior Editor Rajive Cherian, dass News-Webseiten aufgrund ihrer Schnelligkeit nicht mit der *Jordan Times* konkurrieren können:

Onlines, they come and go. I mean they can convey a message, report very fast, very quickly. But The Jordan Times has the discipline of how to gather news and how to present it, the sourcing, authentication, everything. The training and the discipline of a standard daily newspaper, of a broadsheet newspaper. I don't think onlines have... maybe they get more hits, but they don't have the authority we are conveying. Nobody here can compete with us. (Rajive Cherian, Senior Editor bei der *Jordan Times*, Interview, 12.09.2019)

Nicht durch ihre Klickzahlen, sondern durch ihre langjährige Seriosität und Autorität ist die *Jordan Times* außer Konkurrenz.

Der Chefredakteur Mohammad Ghazal spricht nicht von politisch aufregenden Zeiten, sondern vor allem von Zeiten, in denen die finanzielle Situation der Zeitung besser war, wahrscheinlich auch, weil er als Chefredakteur für die aktuellen Sparmaßnahmen mitverantwortlich ist. Er erzählt von »goldenen Zeiten« bei der *Jordan Times*, die mit der Finanzkrise 2008/2009 geendet haben:

Until I would say the financial crisis 2008/2009 we had really some golden period here at The Jordan Times. As an institution we didn't get twelve salaries, we got sixteen salaries. We had been getting that for years, since the foundation of this newspaper. But after the financial crisis there has been a huge decline in revenues, mainly coming from ads. (Mohammad Ghazal, Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview, 01.10.2019)

Die Drohkulisse der zunehmenden Digitalisierung, die eine Überarbeitung der Webseite, das Investieren in den Social-Media-Auftritt und neue Formate erfordert, ist allen Journalist*innen der *Jordan Times* bewusst. Pläne für die Zukunft gibt es jedoch keine, außer weiterzumachen wie bisher und die Qualität beizubehalten. Ob die *Jordan Times* angesichts der zunehmend schwierigen finanziellen Bedingungen (vgl. Kap. 4.1) überleben wird, bewerten ihre Journalist*innen unterschiedlich. Der Senior Editor Rajive Cherian kann oder will sich ein Ende der *Jordan Times* nicht vorstellen. Im Interview antwortete er mir auf meine Frage, ob er denkt, dass die *Jordan Times* irgendwann in der Zukunft schließen muss: »God forbid. I don't think so.« (Rajive Cherian, Senior Editor bei der *Jordan Times*, Interview,

12.09.2019). Der stellvertretende Chefredakteur Raed Omari kann sich dagegen gut vorstellen, dass die *Jordan Times* in naher Zukunft schließen muss und schreibt das dem Management zu:

As I told you, we are at the moment enduring a lot of losses financially to the point that we are unable to bring new people or to pay the salaries of those still onboard. This has been the case since its establishment, but they [the management] always said, we will keep it open, because we have a political message, and we need our voices to be heard in the world and let the world know about us. But this might change. And to tell you the truth: I see it changing. I see it coming. Either they tell us to work with the minimum for austerity measures or they just close it [The Jordan Times]. Because they are not putting money to improve it, not putting efforts to improve it. They have no vision to make it alive and improve it. They just tell us to work with the minimum. But the minimum is also reduced, you know, day by day, day by day, day by day, to the point that it is becoming unbearable and if they don't close it, we might leave ourselves and they won't bring new people. So, automatically it will be closed. (Raed Omari, stellvertretender Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview 04.09.2019)

Als ich den Chefredakteur Mohammad Ghazal nach seinen Hoffnungen für die Zukunft der Zeitung frage, antwortet er:

I hope, at least, I am sure that we will continue to exist. Continue to exist with very minimum resources is something. But having a bigger vision, to do something great, is something else without having resources. So, I really hope, you know, that the financial situation will improve. I am working with the management to optimally utilize the resources that we have left. (Mohammad Ghazal, Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview, 01.10.2019)

Allein das Fortbestehen der Zeitung und eine bessere finanzielle Situation ist für ihn die Hoffnung. Wovon die finanzielle Situation abhängt, ist unklar. Meine Vermutung ist, dass die *Jordan Times* so staatsnah ist, dass der Chefredakteur darauf hofft, dass der Staat auch die *Jordan Times* besser finanziert, wenn er mehr Gelder zur Verfügung hat.

Auf meine Frage, wann die Journalist*innen politischen Einfluss haben, antwortet Raed Omari:

When? Well, when there is a big political event taking place. At the time, our voices are heard and we are taking the lead, not in changing the course of events or influencing the course of events, but actually giving guidance, guidelines in how things should be. Not things how they are, but how they should be. By providing an alternative: this is how things should be, not the way you are handling it. And push-

ing hard towards having our perceptions adopted. (Raed Omari, stellvertretender Chefredakteur der *Jordan Times*, Interview, 04.09.2019)

Für den stellvertretenden Chefredakteur kann die Zeitung Geschehnisse zwar nicht beeinflussen, aber eine Alternative oder ein Ideal aufzeigen. Die *Jordan Times* könne daran erinnern, wie die Dinge sein sollten. Diese Einstellung erstaunt zunächst angesichts der journalistischen Praxis der Zeitung, die sich in erster Linie an offizielle Stellungnahmen hält (vgl. Kap. 4.1.4). Omari macht jedoch klar, dass politische Geschehnisse jederzeit dazu führen können, dass die Journalist*innen mehr Einfluss haben.

Die Journalist*innen anderer Institutionen, die ich interviewte, bezogen sich unterschiedlich auf die Zukunft. Doch dass die Print-Ausgaben der Tageszeitungen immer unwichtiger und Online-Berichterstattungen immer wichtiger werden, darauf konnten sich alle einigen. Alle meine jordanischen und internationalen Interviewpartner*innen, die Zeitungen in ihrer Print-Ausgabe lesen, bezeichneten sich selbst als »old-fashioned«. Saad Hattar arbeitet bei ARIJ, einer Organisation, die investigativen Journalismus in Jordanien voranbringen will. Für ihn sollten sich die Printmedien schnell verändern und auf investigative Analysen statt auf Information setzen:

The print media has been dying for the past years and the pace is getting faster and faster. They should analyze and stress on investigative journalism and read between the lines and analyze what's happening for the readers. Ordinary day to day news that are being printed in the newspapers are no more a useful commodity for the people, because they see the news on their mobiles or watch that on their TVs. Unless the newspapers moved to bring about a different commodity for their readership, they are doomed to be outside, out of the game, in the next years, or even months. (Saad Hattar, ARIJ), Telefoninterview, 07.11.2019)

Hattar stellt fest, dass gedruckte Nachrichten keine attraktive Ware mehr seien, und argumentiert mit der kapitalistischen Logik von Angebot und Nachfrage: Printmedien müssten sich als Produkt verändern, um noch gekauft zu werden. Der stellvertretende Chefredakteur von *Ad-Dustour*, Awny Al Dawoud, schaut optimistisch in die Zukunft, da er sich trotz der finanziellen Schwierigkeiten von der Digitalisierung besseren Journalismus verspricht und Zeitungen als Institution dabei nicht in Gefahr sieht:

My philosophy is: the future is better. The best is yet to come. In my position I have to have this position. Financially, of course, we used to be better in the past. Editorially we are improving day by day. We are benefitting as journalists and newspapers from social media and the open atmosphere. When there was only print media, I used to have only one single source of information from Reuters or AFP, but now I have abundant sources and the world is open for all. So, it's up to you

journalists and newspapers and media outlets to benefit from the availability of information or just not to, to just keep it traditional. Now, governments, whether they like it or not, are also changing and have to adapt to these new changes in the world. (Awny Al Dawoud, stellvertretender Chefredakteur von *Ad-Dustour*, Interview, 27.11.2019, Übersetzung der Autorin aus dem Arabischen mit der Hilfe von Raed Omari)

Interessant ist, dass Al Dawoud die Entwicklung der Presse mit der Situation von Regierungen zusammenbringt, die sich durch die Verfügbarkeit von Informationen verändern und an die neuen Bedingungen anpassen müssten. Abdulkareem Al Wahsh von *Al Rai* hat die Hoffnung, dass das Medium Tageszeitung weiter bestehen wird, wie ja auch das Radio weiter existiere:

I don't think that newspapers are going to die, because of what happened with radio. Radio is still working, until now working. But it is about how to survive and how to revive your ways of doing things. (Abdulkareem Al Wahsh, Director of Reporters bei *Al Rai*, Interview, 22.10.2019)

Von allen Tageszeitungen schien sich mir *Al Ghad*, die am wenigsten staatsnah ist, am aktivsten mit der Zukunft auseinanderzusetzen. So sagt der Online-Chefredakteur Nur Addin Al Khamaisa:

We have strategic meetings to just reflect about us, what we want to be. Every time we focus on the same point: we have to get younger, not older, because most of our audience are the young people, more than others. We have good social media. We have our own section for the young people to do their own programme, their own videos, to publish their own articles. (Nur Addin Al Khamaisa, Website Managing Editor, *Al Ghad*, Interview, 02.11.2019)

Bei *Al Ghad* gibt es strategische Treffen, bei denen Journalist*innen an der Ausrichtung ihrer Zeitung feilen. Vergleichbare Treffen gibt es bei der *Jordan Times* nicht. Im positiven Sinn versperrt sie sich damit einer neoliberalen Logik, im negativen ist sie vom Wohlwollen des jordanischen Staats abhängig.

Der Philosoph Jacques Derrida spricht in Bezug auf den Marxismus, der eigentlich mit dem Ende der Sowjetunion begraben wurde, von *Hantologie*, ein Neologismus aus dem frz. *hanter* (spuken) und *ontologie*: Die gelebte Existenz werde von Geistern der Vergangenheit bevölkert (Derrida 1994). Die Geister anderer Zeiten, wie ich die nostalgischen Momente nenne, die mir während meiner Feldforschung in der Redaktion der *Jordan Times* begegneten, richten sich auf vergangene bessere Zeiten, die jedoch einen anderen Blick auf die Zukunft ermöglichen. Rebecca Bryant und Daniel Knight sind Anthropolog*innen, die sich mit der Zukunft auseinandersetzen. Im Anschluss an die Arbeit von Theodore Schatzki (2002) argumentieren sie,

dass sich Praxis durch teleoaffektive Strukturen charakterisieren lässt, die räumlich und zeitlich eingebettet und zielgerichtet seien.

Within a timespace there are networks that can be activated, as well as connections that lie dormant or unappreciated, as we have seen in the case of unrealized potential. We have argued that the realm of the »otherwise-than-actual« is also part and parcel of the timespace and is equally important in driving futural momentum. (Bryant/Knight 2019: 194)

Dieses »otherwise-than-actual« ist das, was ich als die Geister anderer Zeiten bezeichne, die bei der *Jordan Times* präsent sind. Meine These ist, dass die Geister anderer Zeiten den universalen Anspruch von Öffentlichkeit stützen, den die journalistische Praxis der *Jordan Times* gegenwärtig nicht erfüllen kann, nämlich einen Prozess der Demokratisierung zu begleiten. Die Journalist*innen erinnern sich an Zeiten, in denen die journalistische Praxis der *Jordan Times* eine Öffentlichkeit herstellen konnte, die ihre Versprechen, wenn auch nicht vollständig, so doch eher einlöste als das gegenwärtig möglich ist. Das Weiterbestehen der Zeitung ermöglicht den Journalist*innen die Aussicht, diese Versprechen in der Zukunft zu erfüllen. Ein Prozess der Demokratisierung wird auch mit einer verbesserten finanziellen Situation der Zeitung verbunden. Wenn sich relevante lokale Geschehnisse wie die in den Fallbeispielen analysierten (vgl. Kap. 5.1) ereignen, verfügt die *Jordan Times* bereits heute über Handlungsmacht. Dann erscheinen die Erfüllung der Versprechen von Öffentlichkeit und damit Teilhabe an der Welt greifbarer.

5.4 Öffentlichkeit: Universale Ansprüche

Den westlich-dominanten Öffentlichkeitsbegriff und seine Versprechen sehe ich als global kursierende Universalien. Als Teil des europäischen Verständnisses von Moderne sind sie Teil eines globalen Erbes (»everybody's heritage«, Chakrabarty 2000: 16, vgl. Kap. 2.2). Die Versprechen sind nirgendwo vollständig eingelöst, was ihren Status als Universalien nicht mindert. Die Journalist*innen der *Jordan Times* sehen ihre Praxis im Zusammenhang mit dem westlich-dominanten Öffentlichkeitsbegriff und seinen Versprechen und verstehen ihre Praxis als Teil eines universalen journalistischen Ethos. So antwortet der Senior Editor Rajive Cherian auf die Frage, ob die Arbeit von Journalist*innen in Jordanien politisch wichtig sei: »Of course, like in any other country, it is a universal thing« (Rajive Cherian, Senior Editor bei der *Jordan Times*, Interview, 12.09.2019). Haben alle Versprechen der von der *Jordan Times* hergestellten Öffentlichkeit den Anspruch, universal gültig zu sein? Und welche Schlüsse können wir daraus für den Öffentlichkeitsbegriff ziehen, der bei der *Jordan Times* präsent ist? Die Journalist*innen der *Jordan Times* können nur universale Ansprüche stellen, wenn sie von ihrer Teilhabe an der Universalität ausgehen.

Denn das Universale funktioniert darüber, eine bereits vereinte Welt zu behaupten. Dabei bleibt die Arbeit, diese Welt zu vereinen, unsichtbar, also etwa die dafür notwendigen Vermittlungs- und Übersetzungstätigkeiten (Tsing 2005, vgl. Kap. 2.1).

Ich möchte zunächst die verschiedenen Versprechen, die ich in diesem Kapitel aufgezeigt habe, noch einmal kurz skizzieren. Ich habe anhand der Fallbeispiele (vgl. Kap. 5.1.1 und Kap. 5.1.2) analysiert, dass die *Jordan Times* das Versprechen, die Leser*innen zu informieren, und das Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen, gleichzeitig aufrechterhält. Diese zwei Versprechen habe ich als teilweise miteinander unvereinbar und dennoch als voneinander abhängig bezeichnet, wobei sie durch das Versprechen auf Entwicklung zusammengehalten werden. Ich habe argumentiert, dass sich daraus für die journalistische Praxis ein Spannungsverhältnis ergibt, das die Journalist*innen mittels Auslassungen und einer rigiden Form kuratieren. Dabei bewegen sie sich auf einem schmalen Grat, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Ich habe außerdem analysiert, dass sich in der Berichterstattung der verschiedenen Fallbeispiele die Gewichtung der Versprechen verschiebt, je nachdem wie groß das Interesse der internationalen Öffentlichkeit ausfällt. Die journalistische Praxis der *Jordan Times* schützt den jordanischen Staat umso stärker und kuratiert die Öffentlichkeit, die sie herstellt, umso rigider, je größer das Interesse der internationalen Öffentlichkeit ist. So lässt sich verstehen, dass die Regeln der journalistischen Praxis, die ich im 4. Kapitel herausgearbeitet habe, in den von mir analysierten Fallbeispielen unterschiedlich rigide ausfallen, wobei die journalistische Praxis die Leser*innen unterschiedlich imaginiert (vgl. Kap. 5.1.3). Des Weiteren habe ich die Frage gestellt, ob die *Jordan Times* eine säkulare Zeitung ist. Die Journalist*innen der *Jordan Times* beantworten diese Frage unterschiedlich, was ich als Teil einer spezifischen säkularen Formation bezeichnet habe. Dabei habe ich analysiert, dass sich die journalistische Praxis auch in Bezug auf Religion in einem Spannungsverhältnis bewegt, nämlich zwischen dem Versprechen, die Leser*innen auf eine Weise zu informieren, die sie gewohnt sind, und dem Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen. Die *Jordan Times* berichtet über Religion auf eine Art und Weise, die Reibung zwischen einem säkularen und einem religiösen Diskurs vermeidet – sogar innerhalb der Redaktion (vgl. Kap. 5.2). Außerdem bin ich darauf eingegangen, wie sich die Journalist*innen der *Jordan Times* auf vergangene Zeiten beziehen und habe argumentiert, dass ihnen die Bezugnahme auf die Vergangenheit dabei hilft, Entwicklungsversprechen auf politischen und wirtschaftlichen Fortschritt für die Zukunft lebendig zu halten (vgl. Kap. 5.3).

In diesem Kapitel wird deutlich, dass die Versprechen der von der *Jordan Times* hergestellten Öffentlichkeit machtvoll sind, auch wenn sie nicht vollständig eingelöst werden. Ich argumentiere, dass die journalistische Praxis der *Jordan Times* das Versprechen, ihre Leser*innen zu informieren und ihnen damit Teilhabe zu ermöglichen, als universal gültig versteht, wobei sich die Journalist*innen am westlich-dominanten Öffentlichkeitsbegriff orientieren. Das Versprechen auf Ent-

wicklung muss jedoch immer wieder neu bestätigt werden. Die Leser*innen zu informieren, ist dabei Teil des Versprechens auf Entwicklung. Indem die *Jordan Times* ihre Leser*innen informiert, übernimmt sie die Funktion eines Indikators, in welchem Maß die universalen Versprechen der Moderne wie Demokratisierung, Menschenrechte und wirtschaftlicher Fortschritt in Jordanien erfüllt sind.

Dem prüfenden Außenblick, der nicht-westlichen Ländern ein ewiges *Noch-nicht* attestiert, begegnet die *Jordan Times* mit einer Berichterstattung, die darauf ausgelegt ist, den Staat zu schützen. Politische Entwicklungen, die die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit generieren, machen es für die journalistische Praxis der *Jordan Times* notwendig, den Staat als souverän und aktiv handelnd darzustellen und damit auch das Versprechen auf Entwicklung zu bestätigen. Da die Zeitung nicht auf der Seite der jordanischen Zivilbevölkerung, sondern auf der Seite des jordanischen Staats für ihre Leser*innen berichtet, ist kritische Distanz zum Staat, wie es der westlich-dominante Öffentlichkeitsbegriff vorsieht, nicht ihre Priorität. Ihre kritische Distanz gilt vielmehr der internationalen Öffentlichkeit.

Das Versprechen, den Staat zu schützen, halten die Journalist*innen nicht für universal. Den Staat zu schützen, passt nicht zum westlich-dominanten Öffentlichkeitsbegriff, bei dem Öffentlichkeit ein *Gegengewicht* zu den staatlichen Autoritäten sein soll, die auf diese Weise kontrolliert und legitimiert werden. Im Falle der *Jordan Times* ist die Öffentlichkeit, die sie herstellt, kein Gegengewicht zu den staatlichen Autoritäten, sondern ein Gegengewicht zur internationalen Öffentlichkeit. Wird beim westlich-dominanten Begriff von Öffentlichkeit diese selbst als Motor für Entwicklung, etwa für sozialen Fortschritt und Demokratisierung, gesehen, sehen die Journalist*innen der *Jordan Times* die Öffentlichkeit, die sie herstellen, nicht als Motor für Veränderung. Veränderungen hängen ausschließlich vom jordanischen Staat ab oder werden von der jordanischen Zivilbevölkerung angestoßen wie beim Arabischen Frühling, an den sich die Journalist*innen gerne erinnern. Auch eine verbesserte wirtschaftliche Situation kann politische Veränderung hervorbringen, wie es Jordanien in den 1990er Jahren erlebte. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation könnten auch die Leser*innen der Zeitung bewirken, da sie häufig in Institutionen arbeiten, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind und in Jordanien investieren. So ist die journalistische Praxis darauf bedacht, Jordaniens Institutionen als gute Partner darzustellen.

Momentan kann die *Jordan Times* einzig durch ihr Kuratieren das Versprechen auf Entwicklung aufrechterhalten und es als universal gültig bestätigen. Ich argumentiere, dass das Ideal einer anderen, offeneren, demokratischeren Öffentlichkeit der journalistischen Praxis der *Jordan Times* Sinn verleiht, während der Status quo ein anderer ist. Es geht den Journalist*innen nicht nur darum, den Staat auf eine Weise darzustellen, die aus finanziellen Gründen von Vorteil ist. Es geht ihnen auch darum, das Universale als solches aufrechtzuerhalten. Das Einlösen der Entwicklungsversprechen wird dabei auf eine ungewisse Zukunft verschoben. Entwicklung

ist dabei nicht linear: Die Zukunft war in der Vergangenheit schon einmal greifbarer als sie es jetzt ist.

Ich habe oben (vgl. Kap. 4.2.3) argumentiert, dass das Kuratieren der *Jordan Times* als Fürsorgetätigkeit für ein politisches Imaginäres verstanden werden kann, das die Beziehung zwischen den internationalen Leser*innen und dem jordanischen Staat zu kontrollieren versucht und dabei auch die Möglichkeiten und Grenzen der Öffentlichkeit definiert. Ich habe das politische Imaginäre der *Jordan Times* als *globales* Imaginäres beschrieben. Die Zeitung vermittelt in einem Spannungsverhältnis zwischen dem jordanischen Staat, den sie in erster Linie mit dem Königshaus und der Regierung identifiziert, und den internationalen Leser*innen, die sie als Welt verallgemeinert (vgl. Kap. 3.4). Teilweise zumindest scheint Teilhabe an der Welt daran geknüpft zu sein, dass sich die journalistische Praxis gegen ein postkoloniales Infragestellen des Staates behauptet. Bei der Analyse der Fallbeispiele haben wir gesehen, dass die journalistische Praxis die Leser*innenschaft keineswegs einheitlich imaginiert. Mit den unterschiedlich imaginierten Identitäten der Leser*innen, die keineswegs immer mit einer internationalen Öffentlichkeit in eins gesetzt werden, wird auch das politische Imaginäre, in dem die *Jordan Times* vermittelt, unterschiedlich charakterisiert. Dabei verschieben sich die Möglichkeiten und Grenzen der Öffentlichkeit. Wir können die politisch relevanten Ereignisse wie beispielsweise den Lehrer*innenstreik nach den Philosoph*innen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als »Dislokationen« (Laclau/Mouffe 1985: 142) verstehen. So bezeichnen sie Situationen, die auf eine Art und Weise neu sind, dass sie nicht direkt in die bestehende soziale Wirklichkeit eingeordnet werden können, sondern erst in einem politischen Akt entschieden werden müssen.

Man könnte denken, dass die jordanische Zivilbevölkerung im politischen Imaginären der *Jordan Times* nur eine untergeordnete Rolle spielt. Doch tatsächlich verteidigt die journalistische Praxis mit dem Versprechen, den Staat zu schützen, auch die Beziehung zwischen dem jordanischen Staat und seiner Zivilgesellschaft gegenüber der internationalen Öffentlichkeit. Interessant ist dabei, dass in der Berichterstattung der *Jordan Times* die universalen Versprechen des westlich-dominanten Öffentlichkeitsbegriffs, etwa durch die Öffentlichkeit den jordanischen Nationalstaat zu kontrollieren und den Leser*innen Teilhabe zu ermöglichen, *mehr* eingelöst werden können, wenn es *weniger* Interesse der internationalen Öffentlichkeit gibt. Denn dann muss auch das Versprechen auf Entwicklung *weniger* bestätigt werden, wie wir beim Fallbeispiel der in Israel Inhaftierten gesehen haben. Hier kann die journalistische Praxis die Beziehung, die der Staat zur Zivilgesellschaft einnimmt, mit ihrer eigenen Dynamik darstellen und muss sie weniger für einen Außenblick kuratieren.

Ich fasse zusammen: Die journalistische Praxis der *Jordan Times* sieht ihr Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen, indem sie den Leser*innen ein bestimmtes Staatsverständnis vermittelt und durch ihr Kuratieren die Öffentlichkeit

verknüpft, nicht als universal an. Die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, ist als Gegengewicht zu einer teilweise als für den Staat bedrohlich wahrgenommenen internationalen Öffentlichkeit zu verstehen. Die kuratierte Öffentlichkeit verbirgt, was den Entwicklungsversprechen möglicherweise entgegensteht. Im nächsten und letzten Kapitel meiner Arbeit argumentiere ich, dass diese Form der Öffentlichkeit der *Jordan Times* Ausdruck des postkolonialen Mitregierens der internationalen Öffentlichkeit im Globalen Süden ist.

